

GRUNDSATZPROGRAMM DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Erste Beschlussfassung des Parteivorstands

Stand: 10.09.2016

INHALTSVERZEICHNIS

I. KLARER AUFTRAG WER WIR SIND.....	3
1. Da sein für die Menschen: Die CSU ist die moderne Volkspartei	3
2. Erfolgreich sein für Bayern: Die CSU ist die bayerische Partei	4
3. Bereit sein für Neues: Die CSU ist die konservative Zukunftspartei.....	4
II. FESTE WERTE WOFÜR WIR STEHEN	6
1. Das C: Vom christlichen Menschenbild zum Leben in Würde, Freiheit und Verantwortung...6	
2. Das S: Der Mensch als soziales Wesen in Gemeinschaft	7
3. Das U: Der Gedanke der Union als Einheit in Vielfalt.....	9
III. NEUE ORDNUNG WAS WIR GESTALTEN	10
1. Gesellschafts- und Kulturordnung: freiheitlich und gemeinsam!	10
<i>Freiheitliches Miteinander</i> Was unser Leitbild ist.....	11
<i>Neuer Zusammenhalt</i> Ehe und Familie, Bildung, Leitkultur, Integration, Identität.....	12
2. Wirtschafts- und Sozialordnung: fortschrittlich und fair!	18
<i>Soziale Marktwirtschaft</i> Was unser Leitbild ist	19
<i>Neue Fairness</i> Fortschritt, Befähigung, Arbeit, Ordnung, Nachhaltigkeit	21
3. Staats- und Rechtsordnung: stark und verlässlich!	27
<i>Starker Staat</i> Was unser Leitbild ist.....	28
<i>Neues Vertrauen</i> Schutz, Ordnung, Handlungsfähigkeit, Beteiligung, Öffentlichkeit ...	29
4. Friedens- und Sicherheitsordnung: stabil und handlungsfähig!	34
<i>Partnerschaftliche Sicherheit</i> Was unser Leitbild ist	35
<i>Neue Handlungsfähigkeit</i> Bereitschaft, Gemeinschaft, Partnerschaften, Stabilisierung, Begrenzung.....	37

1 I. KLARER AUFTRAG | WER WIR SIND

2 Die Christlich-Soziale Union macht seit mehr als sieben Jahrzehnten erfolgreich Politik
3 für die Menschen in Bayern, Deutschland und Europa. Engagierte Frauen und Männer
4 stehen als Mitglieder und Mandatsträger im Dienst der gemeinsamen Sache. Sie stre-
5 ben nach einer politischen Ordnung in Freiheit und Verantwortung auf Grundlage des
6 christlichen Menschenbilds.

7 Die Christlich-Soziale Union handelt im Wissen um ihre geistigen Wurzeln in der katho-
8 lischen Soziallehre, der protestantischen Sozialethik sowie in freiheitlichen und wert-
9 konservativen Überzeugungen. Sie hat nach den Schrecken der nationalsozialistischen
10 Gewaltherrschaft den politischen Neuanfang in Bayern und Deutschland mitgestaltet:
11 im Bewusstsein der Geschichte, überkonfessionell und auf dem Boden des Grundge-
12 setzes sowie der Bayerischen Verfassung. Diese Gründungsidee ist fortwährender Auf-
13 trag.

14 Die Christlich-Soziale Union ist die politische Kraft für das moderne Bayern in Deutsch-
15 land und Europa. Wir sehen uns in dreifacher Verpflichtung: Wir haben die Menschen
16 im Fokus, Bayern im Herzen und die Zukunft im Blick. Wir sind die moderne Volkspar-
17 tei. Wir sind die bayerische Partei. Wir sind die konservative Zukunftspartei.

18 1. Da sein für die Menschen: Die CSU ist die moderne Volkspartei

19 *Unsere erste politische Bestimmung ist, für die Menschen da zu sein. Als Volkspartei tra-*
20 *gen wir Verantwortung für alle Menschen. Wir nehmen sie mit ihren Anliegen ernst und*
21 *geben ihnen politische Heimat. Das christliche Menschenbild leitet uns, das Gemeinwohl*
22 *verpflichtet uns.*

23 **Wir sind die Partei mit klarem Kompass.** Wir handeln nicht aus Stimmungen, sondern
24 aus Werten. Die christliche Werteorientierung ist unveränderliche Grundlage unserer
25 Politik. Als wertorientierte Volkspartei sind wir überzeugungsstark in den Grundsätzen
26 und pragmatisch im Handeln. Wir stehen für eine klare politische Haltung, ohne den
27 alleinigen Anspruch auf Wahrheit zu erheben. Das unterscheidet uns von politischen
28 Ideologien und Utopien.

29 **Wir machen Politik für alle Menschen.** Als Volkspartei beteiligen wir alle Altersgrup-
30 pen, Geschlechter und Schichten unserer Gesellschaft, unabhängig von Einkommen
31 oder Herkunft. Wir wägen Interessen ab und treffen Entscheidungen, die sich am Ge-
32 meinwohl orientieren. Das unterscheidet uns von denen, die nur Einzelinteressen ver-
33 folgen.

34 **Wir sind nah bei den Menschen.** Als Mitmachpartei stehen wir mit der Bevölkerung
35 und unseren Mitgliedern im engen Dialog. Wir hören auf die Menschen, ohne ihnen
36 nach dem Mund zu reden. Wir denken von den Menschen her, aber bevormunden sie
37 nicht. Wir entscheiden mit den Menschen und nicht über ihre Köpfe hinweg. Das
38 macht den Unterschied zu einer abgehobenen Politik nach dem Prinzip „die da oben,
39 wir hier unten“ aus.

40 **Wir bieten politische Heimat für bürgerliche Überzeugungen.** Als einzige Volkspartei
41 in Bayern vereinen wir liberale, soziale und konservative Grundüberzeugungen. Wir
42 sind konservativ: Auf Basis fester Werte treten wir für eine Ordnung ein, mit der wir
43 Zukunft gestalten. Wir sind christlich-sozial: Uns leiten Grundwerte von Menschlichkeit
44 und Miteinander in der Gemeinschaft, nicht marktradikaler Liberalismus. Wir sind li-
45 beral: Eigenverantwortung des Menschen und Freiheit in Vielfalt sind unser Leitbild,
46 nicht sozialistische Gleichmacherei. Wir sind die Partei der bürgerlichen Mitte. Unser

47 Anspruch, wie ihn Franz Josef Strauß in dauerhafter Gültigkeit formuliert hat, ist:
48 Rechts von der Union kann kein Platz für eine demokratisch legitimierte Partei sein.

49 **Wir sind eigenständig.** Die Eigenständigkeit der CSU ist geschichtlich gewachsen und
50 hat sich bewährt. Auf Grundlage gemeinsamer Werte gestalten wir mit anderen christ-
51 lich-konservativen Parteien in Deutschland und Europa gemeinsam Politik.

52 2. Erfolgreich sein für Bayern: Die CSU ist die bayerische Partei

53 *Aus der tiefen Verwurzelung in der bayerischen Bevölkerung, der Liebe zur Heimat und*
54 *dem Stolz auf die mehr als tausendjährige Staatlichkeit Bayerns schöpfen wir unsere*
55 *Kraft für Bayern. Seit unserer Gründung verbinden wir das mit bundespolitischem An-*
56 *spruch und europäischer Verantwortung.*

57 **Wir sind die Partei für Bayern.** Der Anspruch als bayerische Mehrheitspartei ist uns
58 Auftrag: Wir wollen das Beste für das Land und seine Menschen. Gemeinsam bringen
59 wir Bayern voran. Wir haben Bayern vom Agrarstaat ins High-Tech-Zeitalter geführt.
60 Wir arbeiten täglich an der Zukunft: für eine lebens- und liebenswerte Heimat, für Si-
61 cherheit und für Wohlstand. Die Erfolgsgeschichte Bayerns ist und bleibt untrennbar
62 mit der CSU verbunden. Wir denken zuerst an Bayern. Unsere Eigenständigkeit macht
63 uns zur kraftvollen Stimme Bayerns in Deutschland und Europa. Das unterscheidet uns
64 von allen anderen Parteien.

65 **Wir sind in Bayerns Vielfalt verwurzelt.** Die gemeinsame Identität und gelebte Regio-
66 nalität sind Bayerns Stärke. Zu Bayern gehören seine vier Stämme: die Altbayern, die
67 Schwaben, die Franken und die Sudetendeutschen, mit allen Heimatvertriebenen. Zu
68 Bayern gehören auch die Zugezogenen, die hier neue Heimat gefunden haben. Wir
69 sind allen gleichermaßen verbunden. Keine andere Partei ist vor Ort so tief verwurzelt
70 wie die CSU. Unsere Mitglieder in allen Teilen des Landes, unsere Mandatsträger in
71 den Parlamenten, unsere Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bezirksräte, unsere Bürger-
72 meister, Oberbürgermeister und Landräte: Sie wissen, was die Menschen bewegt.

73 **Wir sichern Bayerns Eigenständigkeit.** Bayern ist mehr als eine Region. Für uns bedeu-
74 tet Freistaat: die freiheitliche Gesellschaft, das freistaatliche Selbstbewusstsein und
75 der politische Anspruch der Eigenständigkeit. Wir verstehen uns als Bewahrerin des
76 kulturellen Erbes Bayerns. Wir kämpfen beständig für seine Eigenstaatlichkeit und lei-
77 sten Widerstand gegen Zentralisierungsbestrebungen aus Berlin und Brüssel. Und wir
78 positionieren Bayern als eigenständige Zukunftsregion in der Welt.

79 **Wir tragen Verantwortung für Deutschland und in Europa.** Die CSU hat von der ersten
80 Stunde an zum Gelingen der Bundesrepublik beigetragen. Wir haben die föderale Ord-
81 nung des Grundgesetzes geprägt. Wir haben uns in den Dienst unseres Landes ge-
82 stellt: beim Durchsetzen der Sozialen Marktwirtschaft ebenso wie bei der Bindung an
83 die westlichen Demokratien und an Frieden und Freiheit. Wir haben unbeirrt für ein
84 geeintes Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands gekämpft. Auch heute ma-
85 chen wir unseren bundes- und europapolitischen Einfluss geltend: zum Wohle der Na-
86 tion und der europäischen Idee. Wir wissen um unsere deutsche, europäische und in-
87 ternationale Verantwortung. Das unterscheidet uns von Regionalparteien.

88 3. Bereit sein für Neues: Die CSU ist die konservative Zukunftspartei

89 *Auf dem Boden unveränderbarer Grundwerte sind wir offen für Neues. Das macht unsere*
90 *konservative Haltung aus. Wir lehnen Veränderungen nicht ab, sondern gestalten sie. Wir*
91 *messen den Fortschritt nicht am Machbaren, sondern an unseren Grundsätzen. So gelingt*
92 *Zukunft und wächst Vertrauen.*

93 **Wir sind die Partei von Zukunft und Verantwortung.** Unser Handeln ist langfristig ori-
94 entiert und setzt auf verantwortlichen Fortschritt zum Wohle aller. Wir halten am Be-
95 währten fest und sind gleichzeitig bereit für Neues: in Gesellschaft, Wirtschaft, Wis-
96 senschaft und Technik. Diese wertkonservative und zukunfts offene Haltung unter-
97 scheidet uns von allen strukturkonservativen und reaktionären Kräften von Links und
98 Rechts.

99 **Wir gehen mit der Zeit, aber nicht mit dem Zeitgeist.** Die CSU steht in der Gegenwart.
100 Wir nehmen die Lebenswirklichkeit in den Blick. Aber wir wissen auch: Zukunft braucht
101 Herkunft. Deshalb setzen wir auf die Verbindung von Tradition und Moderne. Wir mes-
102 sen das Neue am Alten, bevor wir Altes durch Neues ersetzen. Für uns ist das Neue gut,
103 wenn es besser ist, und nicht, weil es neu ist.

104 **Wir bewahren die Schöpfung für die Zukunft.** Umwelt-, Arten- und Ressourcenschutz
105 sind globale Aufgaben, die vor der eigenen Haustüre beginnen. Wir schützen die na-
106 türlichen Lebensgrundlagen und erhalten sie für die nachfolgenden Generationen. Das
107 ist unsere gemeinsame Verantwortung.

108 **Wir beantworten Herausforderungen mit Lösungen.** Bereit zu sein für Neues heißt,
109 Herausforderungen zu meistern. Wir suchen nicht einfache, sondern tragfähige Lösun-
110 gen. Wir setzen nicht aufs Scheitern, sondern wollen den Erfolg. Wir spielen nicht mit
111 Ängsten, sondern geben politische Antworten. Das alles trennt uns von linken wie
112 rechten Protestbewegungen. Wir arbeiten täglich für eine lebenswerte Zukunft der
113 Menschen und den Erfolg des Landes, weil wir ins Gelingen verliebt sind.

114 II. FESTE WERTE | WOFÜR WIR STEHEN

115 Die Politik der Christlich-Sozialen Union basiert auf festen Werten. Sie geben ethische
116 und politische Orientierung und entsprechen der Prägung unseres Landes. Unsere
117 Grundüberzeugungen sind tief in der Mitte unserer Gesellschaft verankert und werden
118 gemeinsam gelebt. Sie entspringen den christlich-jüdischen Wurzeln, dem Humanis-
119 mus und der Aufklärung. Diese festen Werte sind uns Leitlinie und Zielvorgabe für un-
120 ser tägliches Handeln. Wir gestalten Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt ihrer
121 Entscheidungen stellt.

122 1. Das C: Vom christlichen Menschenbild zum Leben in Würde, Freiheit und 123 Verantwortung

124 *Das C in unserer Partei steht für die christliche Werteorientierung. Unsere Grundwerte lei-*
125 *ten sich aus dem christlichen Menschenbild ab. Im Zentrum unseres Denkens steht kein*
126 *abstrakter Gesellschaftsentwurf. Bei uns ist der Mensch im Mittelpunkt, mit seiner unan-*
127 *taastbaren Würde, seiner Freiheit und seiner Verantwortung vor sich selbst, vor seinen Mit-*
128 *menschen und vor Gott. Unsere Partei steht allen Menschen offen, die sich zu diesen Grund-*
129 *werten und unseren Zielen bekennen – unabhängig von ihrem persönlichen Glauben.*

130 Orientierung am christlichen Menschenbild

131 **Der Mensch ist ein Geschöpf Gottes.** Er ist frei geboren, mit Vernunft ausgestattet und
132 befähigt, seine Eigenverantwortung wahrzunehmen und sich vor Gott für sein Tun zu
133 verantworten. Wir bekennen uns zu diesem christlichen Menschenbild in seiner abend-
134 ländisch-aufgeklärten Prägung. Es ist der Ausgangspunkt unserer Politik.

135 Menschenwürde, Menschenrechte und Gleichberechtigung

136 **Die Würde des Menschen ist oberster Grundwert** und unmittelbarer Ausfluss des
137 christlichen Menschenbildes. Aus ihr leiten sich alle Grundrechte ab. Sie verleiht dem
138 Menschen Wert und Anspruch auf Achtung allein aufgrund seines Menschseins. Men-
139 schen werden frei und gleich geboren. Die Menschenwürde ist unabhängig von per-
140 sönlichen Eigenschaften, Fähigkeiten, Leistungen und Erfolgen. Sie ist unveräußerlich
141 und gilt für alle Menschen gleichermaßen. Der Schutz der Menschenwürde und die
142 Gewährleistung der Menschenrechte sind uns erster Auftrag. Wir legen besonderes
143 Augenmerk auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

144 **Das christliche Menschenbild verpflichtet zum Schutz des menschlichen Lebens.** Das
145 umfasst auch das ungeborene Leben. Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben und ein
146 Recht auf Sterben in Würde. Wir schützen das menschliche Leben von seinem Anfang
147 bis zum Ende.

148 **Wertorientierte Politik stellt den Menschen in den Mittelpunkt.** Politik und die politi-
149 sche Ordnung müssen den Menschen dienen, nicht umgekehrt. Neue wissenschaftli-
150 che, wirtschaftliche oder technische Möglichkeiten haben den Menschen zum Maß
151 und nicht die Machbarkeit.

152 Freiheit

153 **Der Mensch ist seinem Wesen nach zur Freiheit und Selbstbestimmung berufen.** Je-
154 der ist frei und selbst dafür verantwortlich, wie er sein Leben gestaltet. Damit der
155 Mensch sich in Freiheit entfalten kann, müssen Sicherheit und die Befähigung zur Frei-
156 heit gewährleistet sein. Freiheit braucht eine politische Ordnung, die ihr dient. Diese

157 politische Ordnung muss in der Verfassung verankerte Grundfreiheiten garantieren
158 und gegeneinander abwägen.

159 **Die Freiheit als Entfaltungsrecht jedes Individuums ist nicht grenzenlos.** Freiheit fin-
160 det dort ihre Grenzen, wo Toleranz im Sinne von „Leben und leben lassen“ nicht mehr
161 ausreicht, um zwischen der eigenen Freiheit und der Freiheit anderer zu vermitteln.
162 Der Freiheitsbegriff ist nichts Abgeschlossenes. Unser Freiheitsbegriff ist zukunfts-
163 offen. Freiheit muss immer wieder neu gedacht werden: als Freiheit von neu entstehen-
164 den Abhängigkeiten ebenso wie als Freiheit zu neuen Möglichkeiten.

165 **Verantwortung**

166 **Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung.** Der Mensch ist für sein Tun rechenschafts-
167 pflichtig: vor Gott, vor seinen Mitmenschen und vor sich selbst. Deshalb geht Freiheit
168 für uns zwingend mit Verantwortung einher: für sich selbst, für andere, für die Bewah-
169 rung der Schöpfung und für kommende Generationen. Gelebte Verantwortung und ein
170 respektvoller Umgang der Menschen untereinander sind Ausdruck der gegenseitigen
171 Achtung von Menschenwürde und Freiheit. Menschenrechte finden damit ihre not-
172 wendige Ergänzung in Menschenpflichten. Wir treten für eine Gesellschaft ein, die
173 nicht allein auf Rechten gegenüber anderen, sondern auch auf Pflichten gegenüber
174 anderen gegründet ist.

175 **Verantwortung ist uns politischer Auftrag.** Aus der Verantwortung des Einzelnen lei-
176 tet sich politische Verantwortung für die Gemeinschaft ab. Wir stehen für eine wertge-
177 bundene Verantwortungspolitik.

178 **2. Das S: Der Mensch als soziales Wesen in Gemeinschaft**

179 *Das S in unserer Partei steht für den sozialen Zusammenhalt. Der Mensch ist als Indivi-*
180 *duum geboren und mit individuellen Rechten und Pflichten ausgestattet. Er braucht aber*
181 *auch Gemeinschaft. Wir bekennen uns zu einer Ordnung, die dem Einzelnen ermöglicht,*
182 *sich in Gemeinschaft zu entfalten. Unsere gesellschaftliche Werteordnung basiert auf den*
183 *Leitwerten von Menschenwürde, Freiheit und Verantwortung. Aus ihnen erwachsen Sub-*
184 *sidarität und Solidarität, Recht und Gerechtigkeit sowie Verantwortung in der Einen*
185 *Welt.*

186 **Subsidiarität als Eigenverantwortung**

187 **Jeder trägt für sich und die Seinen Verantwortung.** Unser Maßstab ist der eigenver-
188 antwortliche Mensch. Mit Hilfe seiner Vernunft verwirklicht er sich selbstbestimmt und
189 entfaltet seine Fähigkeiten. Umgekehrt lehnen wir Fremdbestimmtheit oder gar Ent-
190 mündigung ab. Eigenverantwortung ist für uns zentrales Ordnungsprinzip einer Ge-
191 sellschaft, die sich von unten aufbaut: Wir bekennen uns zur Subsidiarität. Das heißt:
192 Vorrang von Eigenverantwortung vor Gemeinschaftsaufgabe und Vorrang der kleine-
193 ren Einheit vor der größeren.

194 **Solidarität als Gemeinsinn**

195 **Solidarität ist die zwingende Ergänzung von Freiheit und Eigenverantwortung.** Wir
196 bekennen uns zum Schutz der Familie als kleinster und vorrangigster Verantwortungsgemeinschaft. In ihr wird
197 Gemeinsinn gelernt und praktiziert. Auch der, der trotz allem Bemühen nicht für sich sorgen kann, hat das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in
198 Würde. Darin zeigt sich die Humanität einer Gesellschaft. Das Engagement für andere
199

200 macht Gemeinschaft erlebbar und Gesellschaft lebenswert. Ehrenamtlicher Einsatz
201 hat deshalb unschätzbaren Wert.

202 **Gerechtigkeit als fairer Wohlstand**

203 **Zu einem Leben in Würde, Freiheit und Verantwortung gehört Wohlstand.** Auskömm-
204 licher Wohlstand ist nicht Selbstzweck, sondern notwendige Bedingung für ein eigen-
205 verantwortliches Leben. Der richtige Weg ist nicht staatliche Planung, sondern wirt-
206 schaftliche Freiheit und Verantwortung aller. Wir bekennen uns zur Sozialen Markt-
207 wirtschaft als einzig zukunftsfähiger Wirtschaftsordnung.

208 **Gerecht ist, wenn die Bedingungen für das Erreichen von Wohlstand fair sind.** Unsere
209 Kriterien für fairen Wohlstand sind: Die Teilhabe an Wohlstand muss verwirklicht wer-
210 den können. Das mindeste Wohlstandsniveau muss noch auskömmlich sein. Die Er-
211 wirtschaftung des Wohlstands muss zu ethisch vertretbaren Bedingungen erfolgen.
212 Wir treten für eine Gesellschaftsordnung der fairen Chancen ein. Sie muss Chancenge-
213 rechtigkeit gewährleisten und allen Menschen unter Berücksichtigung ihrer Leistungs-
214 fähigkeit Teilhabe ermöglichen. Jeder Mensch soll an den Möglichkeiten unserer Zeit
215 teilhaben können – unabhängig von seiner sozialen oder kulturellen Herkunft, unab-
216 hängig von Einkommen, Alter oder Geschlecht, unabhängig von körperlicher, geistiger
217 oder psychischer Einschränkung. Jeder soll aus seinen Fähigkeiten das Beste machen
218 können. Zugang zu Bildung, Schutz vor Diskriminierung und Wertschätzung von Leis-
219 tung bilden den Schlüssel zu Teilhabe.

220 **Rechtsstaatlichkeit als demokratische Herrschaft des Rechts**

221 **Der Staat ist für die Bürger da.** Er zieht seine Legitimation aus dem, was er für seine
222 Bürger tut. Damit eine Werte- und Gesellschaftsordnung Bestand haben kann, muss
223 der Staat ein allgemein akzeptiertes, verbindliches Rechtssystem vorgeben und durch-
224 setzen. Der Staat muss die Freiheit des Einzelnen sichern. Er muss den demokratischen
225 Mehrheitswillen zur Geltung bringen. Er hat die Rechte von Minderheiten zu schützen.
226 Dafür braucht es einen verbindlichen Ordnungsrahmen, der auf unserer freiheitlichen
227 demokratischen Grundordnung und der Gewaltenteilung beruht. Wir bekennen uns zu
228 einem starken Rechtsstaat. Mit seinem Gewaltmonopol garantiert er die verfassungs-
229 mäßige Ordnung und schafft Recht und Gerechtigkeit. Nur ein handlungsfähiger und
230 starker Staat kann für Freiheit und Sicherheit sorgen. Nur eine wertbestimmte und
231 wehrhafte Demokratie wird nicht zum Opfer ihrer eigenen Freiheit. Wir verstehen den
232 Staat als gemeinsame Aufgabe, von den Bürgern als Souverän gestaltet. Die Bürger-
233 gemeinschaft eines Staates ist eine Verantwortungsgemeinschaft – mit Bürgerrechten
234 und Bürgerpflichten.

235 **Frieden und Eine Welt als Weltverantwortung**

236 **Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und Gewalt.** Frieden ist auch die Fä-
237 higkeit zum Dialog der Nationen, Kulturen und Religionen. Auf Frieden hinzuwirken,
238 ist Auftrag und Verpflichtung aller Völker. Es ist Voraussetzung für ein Leben in Frei-
239 heit, Sicherheit und Wohlstand. Deshalb bekennen wir uns zur internationalen Verant-
240 wortung Deutschlands: als treibende Kraft in einem starken Europa, als Verbündeter
241 in der transatlantischen Wertegemeinschaft und als Partner in den Vereinten Natio-
242 nen. Unsere Verantwortung muss sich auch auf die Bedürfnisse der Einen Welt richten.
243 Wir stehen zur Leitidee einer global-nachhaltigen Entwicklung. Im Interesse aller Völ-
244 ker denken und arbeiten wir an global tragfähigen Lösungen mit: für eine ökologisch,
245 ökonomisch und sozial ausgewogene Welt.

246 **3. Das U: Der Gedanke der Union als Einheit in Vielfalt**

247 *Das U steht für die Union im Sinne eines verbindenden Miteinanders. Wir setzen auf Ge-*
248 *meinschaft, ohne die Vielfalt zu beschneiden. Wir führen Menschen, Positionen und Ziele*
249 *zusammen, aber nivellieren keine Unterschiede. Wir geben Antworten, die die Lösung*
250 *nicht in der Vergangenheit suchen, sondern Zukunft gestalten.*

251 **Die Stärke einer Gemeinschaft liegt in Zusammenhalt und Vielfalt gleichermaßen.**
252 Wir treten für ein Gesellschaftsmodell ein, das von freiheitlichem Miteinander und plu-
253 raler Offenheit getragen ist. Eine solche Gesellschaft spielt einzelne Gruppen nicht ge-
254 geneinander aus, sondern lässt alle gleichermaßen teilhaben.

255 **Die Stärke der Politik liegt im Zusammenführen von vermeintlichen Gegensätzen.**
256 Bürgerwille und Gemeinwohl, Heimat und Weltoffenheit, Tradition und Moderne, Fort-
257 schritt und Nachhaltigkeit – dort, wo andere unversöhnliche Gegensätze konstruieren,
258 praktizieren wir die Symbiose. Einheit in Vielfalt: Das ist unser Verständnis von Union
259 als Sammlungsbewegung und Wertegemeinschaft.

260 III. NEUE ORDNUNG | WAS WIR GESTALTEN

261 Die Christlich-Soziale Union gestaltet seit Jahrzehnten erfolgreich die politische Archi-
262 tektur des Landes mit. Wir treten für eine Ordnung ein, die auf festen Werten fußt und
263 den Menschen dient. Die Ordnung muss den Menschen Orientierung geben, Sicherheit
264 gewähren und Entfaltung ermöglichen. Wir wollen, dass sich die Menschen auch in
265 Zukunft auf eine gute Ordnung verlassen können: auf das freiheitliche Miteinander,
266 die soziale Marktwirtschaft, den starken Staat und partnerschaftliche Sicherheit. Wir
267 sorgen für neue Ordnung.

268 1. Gesellschafts- und Kulturordnung: freiheitlich und gemeinsam!

269 *Unsere Gesellschaft war nie offener und vielfältiger als heute. Sie bietet den Menschen*
270 *mehr Chancen als jemals zuvor, sich individuell zu entfalten. Bayern und Deutschland*
271 *sind zum Sehnsuchtsort vieler Menschen geworden. Nun fordern Migration und gesell-*
272 *schaftlicher Wandel unsere Gesellschafts- und Kulturordnung heraus.*

273 **Der demografische Wandel verändert unser Zusammenleben.** Es gibt immer weniger
274 junge Menschen und immer mehr ältere Menschen. Das setzt den Generationenver-
275 trag unter Druck. Gleichzeitig steigen die Anforderungen an die junge Generation bei
276 Ausbildung, Beruf und Familie. Generationengerechtigkeit, Familienförderung und
277 Teilhabe für Jung und Alt sind zentrale Aufgaben.

278 **Traditionelle Bindekräfte verlieren an Bedeutung, neue kommen hinzu.** Was früher
279 selbstverständlich war, wird heute hinterfragt. Von der Berufswahl über den Wohnort
280 bis zur Mitgliedschaft in einem Verein: Das alles hat nicht mehr über Jahrzehnte Be-
281 stand. Die Menschen werden mobiler, die sozialen Bindungen veränderlicher. Immer
282 mehr findet auch im Digitalen statt. Die Verbundenheit zur Heimat, unser Gemein-
283 schaftsgefühl und unsere Werte werden dadurch noch bedeutsamer.

284 **Der digitale Wandel führt zu neuen Herausforderungen und Chancen.** Die digitale Re-
285 volution betrifft alle Bereiche des Lebens. Sie stellt neue Anforderungen und eröffnet
286 völlig neue Möglichkeiten. Ziel muss sein, dass von diesen Chancen alle profitieren
287 können. Unser Bildungssystem hat den Umgang mit neuen Instrumentarien zu üben
288 und neue Fähigkeiten zu schulen. Teilhabe durch Bildung wird zum wichtigsten Schlüs-
289 sel für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

290 **Migration erfordert bewusste Arbeit für den Zusammenhalt.** Immer mehr Menschen
291 mit Migrationshintergrund leben bei uns. Sie haben unterschiedliche Vorstellungen
292 von Werten und Religion, von Traditionen und Lebensweisen. Das bringt zusätzliche
293 Fliehkräfte in die Gesellschaft. Umso wichtiger ist neuer Zusammenhalt, um die ge-
294 samte Gesellschaft zu stärken. Leitkultur gibt Integration eine Richtung, Heimat stiftet
295 Identität.

296 **Es gibt wachsende Sorge um die Identität des Landes.** Kulturelle Verlustängste ma-
297 chen sich breit. Immer mehr Menschen befürchten, dass sich unsere Gesellschaft nach-
298 teilig verändert. Sie haben Sorge, dass gesellschaftliche Errungenschaften, Werte und
299 Spielregeln zurückgedrängt werden. Viele Menschen haben das Gefühl, von ihrer kul-
300 turellen Identität abgehängt zu sein. Wir müssen der Selbstrelativierung unserer Kul-
301 tur, Tradition und christlichen Prägung entgegentreten. Unser Weg heißt: mehr ge-
302 meinsames Bewusstsein für die eigenen Werte und Standpunkte!

303 **Freiheitliches Miteinander | Was unser Leitbild ist**

304 *Im freiheitlichen Miteinander kommen unsere Werte und Grundüberzeugungen zum Aus-*
 305 *druck. Es ist Grundvoraussetzung für die offene und vielfältige Gesellschaft. Wir wollen,*
 306 *dass sich unsere Gesellschaft an dieser Stelle nicht verändert. Freiheitlich und miteinan-*
 307 *der: Das leitet uns auch weiterhin.*

308 **Wir gehen aus vom selbstbestimmten Menschen, der auf Gemeinschaft angelegt ist.**
 309 Im Mittelpunkt stehen der Mensch und seine freie Entfaltung. Politik und Staat haben
 310 keine Lebensentwürfe zu verordnen, sondern Freiheit zu ermöglichen. Bevormundung
 311 der Menschen nach Art sozialistischer Ideologien lehnen wir ab.

312 **Wir schützen und fördern Ehe und Familie.** Ursprung jeder Gemeinschaft ist die Fami-
 313 lie. Sie ist das stärkste soziale Netz und erster Ausdruck von Solidarität. Wir stehen
 314 zum Leitbild von Ehe und Familie, ohne die Vielfalt der Lebenswirklichkeit auszugren-
 315 zen. Das von der Mehrzahl der Menschen gelebte Modell der klassischen Familie mit
 316 Mutter, Vater und Kindern muss auch in Zukunft als solches vermittelt werden, ohne
 317 andere Formen der Familie zurückzusetzen. Der Staat kann familiäre Bindungen und
 318 menschliche Fürsorge weder ersetzen noch schaffen. Er muss allen familiären Situati-
 319 onen gerecht werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist zu fördern.

320 **Wir schützen die unantastbare Würde des Menschen bis zuletzt.** Das Sterben muss
 321 als untrennbarer Bestandteil des Lebens wieder ins Bewusstsein rücken. Wir dürfen
 322 Menschen an ihrem Lebensende nicht allein lassen. Nicht durch die Hand eines ande-
 323 ren soll man sterben, sondern an der Hand eines anderen. Wir wollen jede Form der
 324 organisierten und geschäftsmäßigen Sterbehilfe unterbinden. Gesellschaft und Staat
 325 sind in der Pflicht, die Hospiz- und Palliativversorgung auszubauen.

326 **Wir stehen zu unserer christlichen Prägung.** Zu unseren christlichen Werten gehören
 327 Toleranz und Respekt gegenüber anderen Religionen und Weltanschauungen. Im Ge-
 328 genzug verlangen wir auch Respekt vor der christlichen Prägung unseres Landes. Falsch
 329 verstandene Toleranz, die unsere christlich-jüdisch-abendländisch geprägten Werte re-
 330 lativiert, lehnen wir ab. Christliche Feiertage bestimmen unseren Kalender. Christliche
 331 Kirchen prägen unsere Orte. In den christlichen Traditionen wurzelt unser Brauchtum.

332 **Wir stehen für die offene und freiheitliche Gesellschaft.** Unsere Gesellschaftsordnung
 333 bestimmt die Regeln des Zusammenlebens in unserem Land. Freie Meinungsäuße-
 334 rung, Respekt vor der Lebensleistung anderer, Toleranz gegenüber individuellen Le-
 335 bensweisen und die Unterscheidung von Religion und Staat sind ihre Eckpfeiler. Nur
 336 so kann unsere freiheitliche und offene Gesellschaft auch in Zukunft funktionieren.

337 **Wir stehen für eine inklusive und solidarische Gesellschaft.** Starke Schultern sollen
 338 auch in Zukunft mehr tragen als Schwache. Dies bleibt Kernelement christlich-sozialer
 339 Politik. Jeder soll mit seinen individuellen Talenten und Fähigkeiten teilhaben können.
 340 Gelingende Teilhabe ist unabhängig von Alter, Herkunft, sozialer Stellung oder persö-
 341 nlichen Einschränkungen. Wir stehen für eine Gemeinschaft, die jeden mitnimmt und
 342 keinen zurücklässt. So sichern wir auch künftig Zusammenhalt und Teilhabe aller an
 343 den Zukunftschancen.

344 **Wir lieben unsere Heimat.** Heimat stiftet Identität und spendet den Menschen Sicher-
 345 heit. In der Vielfalt der Regionen liegt die Stärke Bayerns. Wir wollen ein lebendiges
 346 Miteinander in Städten, Dörfern und Gemeinden. Wir wollen alle Regionen Bayerns
 347 gleichermaßen am guten Weg unseres Landes teilhaben lassen. Dafür fördern und si-
 348 chern wir gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern.
 349 Wir wollen Chancen zu den Menschen bringen, nicht umgekehrt. Traditionen, Brauch-
 350 tum und Dialekt verdienen besondere Pflege und sind Ausdruck von Heimatverbun-
 351 denheit.

352 **Neuer Zusammenhalt | Worauf es in Zukunft ankommt**

353 *Zusammenhalt hat Bayern stark gemacht. Die Menschen sind mit ihrer Heimat verbunden,*
354 *der Zusammenhalt im Freistaat ist einzigartig. Familie ist das Fundament gesellschaftli-*
355 *chen Zusammenhalts. Bildung und Teilhabe, gelebte Leitkultur und gelingende Integration*
356 *schaffen gemeinsame Identität und neuen Zusammenhalt. Wir sind überzeugt: Das wird*
357 *unsere freiheitliche, offene und vielfältige Gesellschaft in die Zukunft tragen.*

358 • **Zusammenhalt durch Ehe und Familie: Vorfahrt für Kinder!**

359 *Ehe und Familie stehen bei uns im Mittelpunkt. Wer sie fördert, legt die Wurzel für immer*
360 *neuen Zusammenhalt. Wir wollen eine familienfreundliche Gesellschaft, in der Kinder*
361 *willkommen sind.*

362 **Familien brauchen Freiheit.** Moderne Familienpolitik muss allen familiären Situationen
363 gerecht werden – der klassischen Familie mit der Gemeinschaft von Mutter, Vater und
364 Kindern ebenso wie Eineltern- und Patchwork-Familien. Rechte und Pflichten der Eltern
365 haben Vorrang vor staatlichem Handeln. Wir bevormunden Eltern nicht. Der Staat
366 muss die Erziehungshoheit der Eltern respektieren. Eine Gesellschafts- und Bildungs-
367 politik, die Gender-Ideologie und Frühsexualisierung folgt, lehnen wir ab. Unsere Fa-
368 milienpolitik beginnt mit dem Respekt vor der Wahlfreiheit der Eltern. Wir geben den
369 Familien die Möglichkeit, Erziehung und Betreuung so zu gestalten, wie sie es für rich-
370 tigt halten und es die jeweilige Lebenssituation erfordert. Die Gestaltung des Familien-
371 lebens ist Sache der Familien. Die Eltern entscheiden über Kindererziehung, Kinderbe-
372 treuung und die Ausgestaltung ihrer Erwerbstätigkeit. Der Staat hat Eltern in ihrer Un-
373 ersetzlichkeit wertzuschätzen und zu achten.

374 **Familien verdienen Unterstützung.** Wir wollen jungen Menschen Mut zur Familien-
375 gründung machen. Es braucht Rahmenbedingungen, damit sie ihren Wunsch nach Fa-
376 milie verwirklichen können. Der Staat muss sich beständig fragen, ob er Familien aus-
377 reichend fördert. Wir wollen eine familienfreundliche Arbeitswelt. Es gilt, die Verein-
378 barkeit von Familie, Beruf und anderen gesellschaftlichen Tätigkeiten zu erleichtern.
379 Wir sind überzeugt: Arbeit in der Familie ist Arbeit für die Gesellschaft. Die Erziehung
380 von Kindern und die Pflege von Angehörigen verdienen gesellschaftliche Anerken-
381 nung. Das muss auch bei der Alterssicherung honoriert werden. Wir treten für den Zu-
382 sammenhalt der Generationen ein und fördern Mehrgenerationenwohnen: Auch Groß-
383 eltern sind eine feste und wichtige Konstante im Leben der Kinder.

384 **Kinder sind unsere Zukunft.** Wer Ja zu Kindern sagt und Verantwortung für Kinder
385 übernimmt, leistet den größten denkbaren Beitrag für die Zukunft unserer Gemein-
386 schaft. Das hat besondere Anerkennung und Unterstützung des Staates verdient. Wir
387 wollen den Kinderbonus bei der Rente. Wer Kinder großgezogen hat, soll einen höhe-
388 ren Zuschlag bei der Rente erhalten. Wir wollen außerdem das Kindersplitting bei der
389 Steuer, zusätzlich zum bestehenden Ehegattensplitting, damit gerade auch Paare mit
390 Kindern und Alleinerziehende profitieren. Der Schutz und die Rechte von Kindern sollen
391 ins Grundgesetz aufgenommen werden. Kinderrechte gehören in die Verfassung.

392 **Heiraten heißt Übernahme von Verantwortung füreinander.** Wenn sich zwei Menschen
393 das Versprechen geben, ein Leben lang füreinander einzustehen, ist das für die Gesell-
394 schaft wertvoll. Die Ehe von Mann und Frau steht zurecht unter dem besonderen Schutz
395 des Staates. Wir wenden uns gegen jegliche Relativierungsversuche. Das Ehegattensplit-
396 tting muss uneingeschränkt erhalten bleiben. Wir wollen es ergänzen um ein Kindersplit-
397 tting. Auch in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften werden Werte gelebt, die grundle-
398 gend für unsere Gesellschaft sind. Das verdient Anerkennung. Es ist richtig, wenn der

399 Staat eine eigene Institution dafür vorhält. Jegliche Form von Diskriminierung gegen-
 400 über diesen Partnerschaften, auch die personenstandsrechtliche, lehnen wir entschie-
 401 den ab.

402 • **Zusammenhalt durch Bildung: Teilhabe für alle!**

403 *Beste Bildung ist der Schlüssel zu den Chancen unserer Gesellschaft. Wir wollen, dass alle*
 404 *Menschen an den Chancen unseres Gemeinwesens gleichberechtigt teilhaben können.*
 405 *Jeder soll seine Begabungen so frei wie möglich zur Entfaltung bringen können.*

406 **Teilhabe geht alle an.** Sie eröffnet Chancen, stiftet Identität und sorgt für Zusammen-
 407 halt. Gerade für Menschen mit Behinderung ist Teilhabe wichtig. Sie sind eine Berei-
 408 cherung und gehören in die Mitte der Gesellschaft. Menschen mit Behinderung und
 409 gesundheitlichen Beeinträchtigungen sollen ihren Alltag selbstbestimmt gestalten
 410 können. Inklusion soll möglichst in allen Lebensbereichen verwirklicht werden. Eine
 411 Behinderung darf kein Armutsrisiko für den Betroffenen oder sein Umfeld darstellen.
 412 Durch Arbeit zum eigenen Lebensunterhalt beitragen zu können, hat für Menschen
 413 mit Behinderung eine besondere Bedeutung. Es braucht mehr Offenheit bei der Ein-
 414 stellung von Mitarbeitern mit Behinderung.

415 **Bildung ist mehr als Wissen.** Bildung heißt nicht nur Lernen, sondern vor allem auch
 416 Verstehen. Auf Erwerb und Stärkung von Kompetenzen kommt es an: beim Umgang
 417 mit Medien, Daten und Algorithmen ebenso wie bei Sozialkompetenz und kulturellem
 418 Verständnis. Es geht nicht nur um Wissen und Können, sondern auch um die ganzheit-
 419 liche Bildung von Herz und Charakter. Zum Bildungsauftrag gehört es, die Werte unse-
 420 rer Gesellschaftsordnung zu vermitteln. Wir wollen jungen Menschen Respekt vor Kul-
 421 tur, Religion und Schöpfung näherbringen. Selbstbestimmung, Verantwortungsbe-
 422 wusstsein und Hilfsbereitschaft gegenüber den Mitmenschen stärken den Zusammen-
 423 halt. Sport und Musik leisten hierzu wertvolle Beiträge. Schulunterricht soll fördern,
 424 aber auch fordern. Leistungsbereitschaft, Eigenleistung und Anstrengung sind Voraus-
 425 setzungen für Bildungserfolg.

426 **Alle Kinder brauchen gleiche Bildungschancen.** Jedes Kind soll seine Begabungen
 427 bestmöglich zur Entfaltung bringen können. Individuelle Förderung und flexible Lern-
 428 zeiten sind bedeutsam. Sie unterstützen auch die Integration von Kindern und Jugend-
 429 lichen mit Migrationshintergrund. Ganztagesangebote ergänzen die individuelle För-
 430 derung und unterstützen die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit.

431 **Alle Bildungswege führen zum Ziel.** Berufliche und akademische Bildung sind für uns
 432 gleichermaßen wertvoll. Das differenzierte Schulsystem und das Prinzip „kein Ab-
 433 schluss ohne Anschluss“ machen unsere Bildungslandschaft vielfältig und durchlässig.
 434 Alle Begabungen können optimal gefördert werden. Jeder Weg ermöglicht schulischen
 435 Erfolg und einen attraktiven beruflichen Werdegang. Wir werben deshalb für alle Aus-
 436 bildungszweige und stärken alle Schulformen. Eine Fixierung auf die gymnasiale und
 437 akademische Laufbahn lehnen wir ab. Unser duales Ausbildungssystem wird weltweit
 438 als Vorbild gesehen. Wir halten die duale Ausbildung fit für neue Berufsbilder und die
 439 veränderte Arbeitswelt.

440 **Bildung ist ein lebenslanger Prozess.** Sie endet nicht am Schultor. Wir wollen mit der
 441 schulischen Bildung das Rüstzeug für lebenslanges Lernen mitgeben. Statt Bildungs-
 442 abschluss ist mehr denn je lebenslange Fort- und Weiterbildung gefragt.

443 **Sport ist Bildung und Integration.** Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Erziehung
 444 und zum Zusammenhalt. Er lehrt Mannschaftsgeist, Fairness, Disziplin und Rücksicht-
 445 nahme. Wir schätzen die einzigartige Vereinskultur, das große Gemeinschaftsgefühl
 446 und die Vermittlung von Werten in unseren Sportvereinen. Für Jung und Alt fördert

447 Sport eine gesunde Lebensführung. Wir setzen uns gleichermaßen für ein breites
448 Sportangebot sowie die Förderung des Spitzensports ein.

449 **Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die Quellen unseres Wohlstandes.** Sie sind
450 maßgeblich für den Erfolg im globalen Wettbewerb um Talente und Ideen. Die vielfäl-
451 tige Hochschul- und Forschungslandschaft ist unser großes Pfund. Wir fördern die
452 enge Kooperation mit der Wirtschaft. Technologietransfer sorgt dafür, dass aus neuen
453 Erkenntnissen neue Anwendungen werden. Jeder Innovationsvorsprung sichert unse-
454 ren Wohlstandsvorsprung.

455 **Wissenschaft und Forschung stehen im Dienst der Gesellschaft.** Die Einheit von For-
456 schung und Lehre, der Kern der Humboldtschen Bildungsidee, soll weiterhin die Hoch-
457 schulen prägen. Die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre ist unverzichtbar.
458 Aus dieser Freiheit erwachsen Erkenntnis und ethische Verantwortung gleichermaßen.
459 Die großen Zukunftsfragen unserer Gesellschaft wollen wir durch einen institutionalisierten
460 Austausch mit der Wissenschaft lösen. Diesen Dialog mit der Gesellschaft und
461 zwischen den Disziplinen muss die Wissenschaft führen.

462 **Hochschulen sind Zukunft.** Sie sind Ort aktuellster Erkenntnis und Keimzelle neuer
463 Ideen. Sie sind Marktplatz des Gedankenaustauschs und Zukunftswerkstatt für Inno-
464 vationen. Sie sind Treffpunkt von Leistungsträgern aus aller Welt. Unabhängig von Her-
465 kunft oder Unterstützung durch das Elternhaus sollen sie allen Qualifizierten offenste-
466 hen. Wir treten für diese vielfältige Hochschullandschaft ein: mit exzellenten Universi-
467 täten auf weltweitem Spitzenniveau wie auch profilierten Hochschulen für ange-
468 wandte Wissenschaften und zahlreichen dezentralen Einrichtungen in der Fläche.

469 • **Zusammenhalt durch Leitkultur: Gemeinsame Basis für Alltag, Kultur und Religion!**

470 *Gemeinsame Spielregeln des Zusammenlebens schaffen Identifikation und stiften Zu-*
471 *sammenhalt. Wir bekennen uns zur Leitkultur unserer offenen Gesellschaft als Maßstab*
472 *des gelingenden Zusammenlebens. Leitkultur steht für den gelebten Grundkonsens in un-*
473 *serem Land: die Werteordnung und Prägung des Landes anerkennen; die Religionsfrei-*
474 *heit und ihre Grenzen achten; kulturelle Traditionen respektieren; andere Lebensweisen*
475 *tolerieren; sich an die Gepflogenheiten des Alltags halten; sich auf Deutsch verständigen.*
476 *Wer bei uns lebt, muss die Leitkultur unseres Landes respektieren.*

477 **Gesellschaftlicher Grundkonsens ist elementar.** Eine offene Gesellschaft, die der Frei-
478 heit des Einzelnen dient und sich zur Vielfalt bekennt, braucht ein gemeinsames
479 Grundverständnis für das Zusammenleben. Nur wenn in zentralen Fragen Überein-
480 stimmung besteht, kann eine Gemeinschaft funktionieren, ohne sich abzuschotten. An
481 erster Stelle steht die uneingeschränkte Anerkennung unserer Rechtsordnung und un-
482 serer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Die Regeln des Zusammenlebens
483 sind aber mehr als die Rechte der Bürger gegenüber dem Staat. Es gibt auch Bürger-
484 pflichten und Regeln des Umgangs untereinander. Gemeinsam bilden sie die kulturelle
485 Grundordnung unseres Landes. Die gelebte Leitkultur in der offenen Gesellschaft um-
486 fasst die Grundregeln des Zusammenlebens und macht sie verbindlich. Zu diesem
487 Grundkonsens gehört die klare Absage an Antisemitismus in jeglicher Form. Jeder
488 muss wissen, dass antisemitische Hetze nicht geduldet wird.

489 **Werteordnung und Prägung unseres Landes müssen anerkannt werden.** Die christ-
490 lich-jüdisch-abendländischen Werte sind Grundlage unseres Zusammenlebens und ha-
491 ben auch außerhalb des Glaubens Geltung: Die Würde des Menschen, seine Einzigar-
492 tigkeit, die Selbstbestimmtheit jeder Person und die Gleichberechtigung von Mann
493 und Frau sind die Grundlagen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Alle
494 Menschen in unserem Land haben diese Werte zu kennen und zu achten. Klar ist des-
495 halb auch: Der Politische Islam gehört nicht zu Deutschland. Wer unsere Werte- und

496 Rechtsordnung nicht akzeptiert, wer die christliche Prägung unseres Landes ablehnt,
497 wer die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nicht im Alltag lebt und wer un-
498 sere offene Gesellschaft umbauen will, der hat bei uns keinen Platz. Es bedarf eines
499 aufgeklärten, europäischen Islam, der sich auf unserer Wertebasis gründet. Dem Islam
500 muss klar sein, dass er in unserem Land nicht die Mehrheitsreligion ist.

501 **Religionsfreiheit und deren Grenzen sind zu achten.** Die große Mehrheit der Men-
502 schen sucht Sinnstiftung und will Orientierung durch Religion. Der Staat hat die Glau-
503 bens- und Religionsfreiheit zu garantieren. Kirchen und anerkannte Religionsgemein-
504 schaften sollen öffentlich wirken können. Umgekehrt erwarten wir aber auch, dass die
505 grundsätzliche Trennung zum Staat beachtet wird. Religiöse Überzeugungen können
506 niemals die Rechtsordnung, das staatliche Gewaltmonopol oder den staatlichen Bil-
507 dungs- und Erziehungsauftrag ersetzen. Religionen sollen in Deutschland partner-
508 schaftlich für die Wahrung unserer Werte und des gesellschaftlichen Zusammenhalts
509 eintreten. Wir erwarten dazu einen intensiven, stetigen Dialog der Religionen.

510 **Kulturelle Traditionen und freiheitliche Lebensweise erfordern Akzeptanz.** Unsere ge-
511 lebten Traditionen bringen Menschen zusammen. Sie sind Ausdruck für das, was uns
512 im öffentlichen Leben wichtig ist. Wir zwingen sie niemandem auf. Klar ist aber auch:
513 Jeder, der bei uns lebt, muss unsere Kultur als Teil des öffentlichen Lebens respektie-
514 ren. Dazu gehört auch die Toleranz für unsere freiheitliche Lebensweise. Der bayeri-
515 sche Grundsatz des „Leben und leben lassen“ gilt für alle. Wir lassen unseren Kultur-
516 einrichtungen nicht vorschreiben, ihre Aufführungen an andere kulturelle Vorstellun-
517 gen anzupassen. Wir haben keine Angst vor Veränderung, aber wir wollen kein ande-
518 res Land. Deutschland muss Deutschland bleiben. Bayern muss Bayern bleiben.

519 **Die Gepflogenheiten des Alltags sind zu beachten.** Sie sichern ein menschliches Mit-
520 einander und garantieren ein friedliches Zusammenleben. Bei uns ist es üblich, dass
521 man andere Menschen mit einem Händedruck begrüßt und mit einem Gruß verab-
522 schiedet. Bei uns bietet man schwächeren Menschen Hilfe an und versteckt sein eige-
523 nes Gesicht nicht hinter einem Schleier. Wer bei uns lebt, muss sich nach unseren Ge-
524 pflogenheiten richten. Wer Frauen den Respekt verweigert, etwa Lehrerinnen oder
525 Krankenschwestern ablehnt, missachtet unsere Lebensart.

526 **Deutsch ist bei uns die Sprache des öffentlichen Lebens.** Damit das Miteinander funk-
527 tioniert, müssen alle eine gemeinsame Sprache sprechen können. Die gemeinsame
528 Sprache ermöglicht das Verständnis für die Einstellungen und Lebensführung des Ge-
529 genübers. Deutsch ist bei uns die verbindliche Sprache im öffentlichen Leben – keine
530 andere.

531 • **Zusammenhalt durch Integration: Keine Überforderung!**

532 *Dauerhaften Zusammenhalt gibt es nur, wenn Integration gelingt. Wir wollen Zuwande-*
533 *rerung entsprechend den Interessen und der Aufnahmefähigkeit unseres Landes steuern*
534 *und begrenzen. Wir geben Integration eine Richtung: Wer bei uns lebt, muss sich in unser*
535 *gesellschaftliches Miteinander einfügen und an die Regeln des Zusammenlebens halten.*

536 **Zuwanderung braucht Grenzen und Regeln.** Allein der Staat entscheidet, wer nach
537 Deutschland einreisen und hier bleiben darf. Die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit
538 unseres Volkes hat Grenzen. Es gibt eine Obergrenze für die Aufnahme und Integra-
539 tion. Zuwanderung muss gesteuert und begrenzt werden. Keine Gemeinschaft kann
540 Menschen anderer kultureller Prägung in beliebiger Zahl integrieren. Wir haben eine
541 doppelte Verantwortung: Gegenüber der heimischen Bevölkerung und jenen, die zu
542 uns kommen. Integration funktioniert nicht in einem Klima der Verteilungskonflikte.
543 Jede Form der Zuwanderung braucht Regeln. Unser Land muss für qualifizierte und
544 gefragte Spitzenkräfte zugänglich sein. Neben der beruflichen Qualifikation und dem

545 Bedarf unserer Wirtschaft soll künftig die Nähe des Kulturkreises stärker bei der Aus-
546 wahl der Zuwanderer beachtet werden. Wir wollen keine Zuwanderung, die uns über-
547 fordert oder unsere Sozialsysteme belastet.

548 **Asyl und Flüchtlingsschutz sind humanitäre Hilfe auf Zeit.** Wir stehen für das Asyl-
549 recht tatsächlich politisch Verfolgter ein: Wer verfolgt ist, findet bei uns Schutz. Hilfe
550 für Flüchtlinge und Schutzbedürftige kann es im Rahmen von international verabrede-
551 ten Kontingenten geben. Entscheidungen über Asylanträge müssen in jedem Fall
552 rasch erfolgen. Klar ist: Asyl- und Flüchtlingsschutz ist Schutz auf Zeit. Wenn der
553 Schutzgrund wegfällt oder das Gastrecht missbraucht wird, muss die Rückkehr in das
554 Herkunftsland erfolgen.

555 **Integration ist zwingend und hat eine Richtung.** Wer bei uns bleibt, muss sich integ-
556 rieren. Es darf keine integrationsfreien Räume geben. Das wäre der Nährboden für
557 Radikalisierung. Integration muss heißen, dass diejenigen, die zu uns kommen, sich
558 anpassen. Integration kann nicht heißen, dass wir uns anpassen. Wir wollen, dass Zu-
559 wanderer nach unseren Regeln leben. Integration bedeutet Orientierung an unserer
560 Leitkultur, nicht Multi-Kulti. Wir lehnen Multi-Kulti ab. Ein multikulturelles Neben- und
561 Gegeneinander führt zu Intoleranz, Ghettobildung und Gewalt. Wer bei uns lebt, muss
562 mit uns leben, statt neben oder gar gegen uns. Klar ist: Hier gelten nicht die Regeln
563 des Herkunftslandes, sondern des Gastlandes. Wir lassen nicht zu, dass ethnische, reli-
564 giöse oder politische Konflikte fremder Volksgruppen auf unserem Boden ausgetra-
565 gen werden.

566 **Integration heißt Fordern und Fördern.** Unsere erfolgreiche Integrationspolitik beruht
567 auf dem Grundsatz des Forderns und Förderns. Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in-
568 vestieren viel in Angebote zum Spracherwerb, zur Ausbildungsförderung und für den
569 Zugang zu Arbeit. Das kann Integrationsbereitschaft aber nicht ersetzen. Integration
570 ist eine Bringschuld. Wer sich integriert, hat eine bessere Bleibeperspektive. Wir ste-
571 hen dafür, die Integrationsverpflichtung der Zuwanderer klar auszusprechen und ein-
572 zufordern. Integrationsfortschritte müssen regelmäßig überprüft werden. Wer das
573 nicht nachweisen kann, muss wieder gehen.

574 **Integration muss Toleranz lehren und Loyalität einfordern.** Viele Menschen, die zu
575 uns kommen, stammen aus Kulturkreisen mit sehr geschlossenen Gesellschaftsfor-
576 men. Integration muss deshalb befähigen, sich in unserer offenen Gesellschaft zu-
577 rechtzufinden. Gleichberechtigung von Mann und Frau, Toleranz für andere Lebens-
578 entwürfe und Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit müssen gelehrt und gelebt
579 werden. Integration bedeutet auch Loyalität zur deutschen Nation. Wer zu uns kommt,
580 von dem erwarten wir Verbundenheit zu unserem Staat und seinen Institutionen. Ge-
581 gen Deutschland gerichtete Aktivitäten sind damit unvereinbar.

582 **Gelungene Integration ist eine Bereicherung.** Bayern ist das Land gelingender In-
583 tegration. Wer sich hier eine Existenz aufbaut, wer etwas leistet und sich in unsere
584 Gemeinschaft einbringt, findet hier neue Heimat. Er ist eine Bereicherung für das ein-
585 zigartige bayerische Miteinander. Wer in sein Herkunftsland zurückkehrt, hat beste
586 Voraussetzungen für den Wiederaufbau seiner Heimat.

587 **Deutsche Staatsbürgerschaft muss ein Bekenntnis sein.** Die Erlangung der Staatsbür-
588 gerschaft ist nicht der Anfang, sondern die Bestätigung gelungener Integration. Wir tre-
589 ten für klare Kriterien für den dauerhaften Aufenthalt in unserem Land und den Erwerb
590 der deutschen Staatsangehörigkeit ein. An erster Stelle gehören dazu die uneinge-
591 schränkte Anerkennung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, das Be-
592 kenntnis zur Leitkultur sowie ausreichende deutsche Sprachkenntnisse. Wer Deutscher
593 werden will, soll das nicht nur auf dem Papier, sondern auch mit dem Herzen werden.

594 • **Zusammenhalt durch Identität: Heimat und Weltoffenheit!**

595 *Wir bekennen uns zu unserer Heimat und Weltoffenheit. Das war und ist die Erfolgsformel*
596 *für den bayerischen Weg: Offen sein für Neues und Anderes, aber gleichzeitig stark sein*
597 *an Identität und innerem Zusammenhalt. Nur wer Heimat hat, kann weltoffen sein. Hei-*
598 *mat gibt den Menschen Identität und sorgt für ein lebendiges Miteinander.*

599 **Bayern ist ein Kulturstaat.** Bayern mit seiner unvergleichlichen Geschichte und Tradi-
600 tion hat ein vielfältiges kulturelles Erbe. Sowohl in Ballungszentren als auch in ländli-
601 chen Räumen zeichnet sich Bayern durch eine lebendige und facettenreiche Kunst-
602 und Kulturszene aus. Diesem kreativen und dynamischen Kulturstaat fühlen wir uns
603 verpflichtet. Besonders die regionale Vielfalt mit all ihren Profilen wollen wir fördern
604 und bewahren: angefangen von der Hochkultur über das reiche Spektrum der Volks-
605 kultur bis hin zu Brauchtum und Dialekt. Die Kultur lebt vom Einsatz und von der Be-
606 geisterung der Bürger. Der Förderung des kreativen Nachwuchses in den unzähligen
607 Vereinen kommt ein besonderer Stellenwert zu. Durch Heimatpflege und Denkmal-
608 schutz halten wir das bauliche und kulturelle Erbe Bayerns lebendig. Staatliche Förde-
609 rung unterstützt die Vielfalt und die Kreativität in der zeitgenössischen Kunst. Aufgabe
610 des Kulturstaates ist es, den Bürgern Teilhabe am kulturellen Leben zu eröffnen.

611 **Bayern hat vier Stämme.** Altbayern, Franken, Schwaben und Bayerns „vierter Stamm“,
612 die Sudetendeutschen, mit allen Heimatvertriebenen und Aussiedlern, gehören zu-
613 sammen und haben einen festen Platz in Bayern. Bayern hat nach dem Krieg wie kein
614 anderes Land Vertriebene aufgenommen. Wir sind dankbar für die großartige Aufbau-
615 leistung. Die CSU ist die politische Heimat der Vertriebenen. Wir werden das kulturelle
616 und geistige Erbe sowie das Brauchtum der Vertriebenen lebendig halten. Die Aussöh-
617 nung mit Tschechien war das natürliche Ziel unserer Vertriebenenpolitik. Dass sie ge-
618 glückt ist, ist eine großartige Errungenschaft und gute Basis, um noch offene Anliegen
619 der Vertriebenen zu klären.

620 **Ländliche wie städtische Räume sind Heimat.** Der Freistaat fördert und sichert gleich-
621 wertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern. Das ist unsere
622 Heimatstrategie. Wir wollen, dass sich städtische und ländliche Regionen ergänzen.
623 Alle Regionen des Freistaats sollen gleichermaßen am guten Weg Bayerns teilhaben.
624 Alle Regionen machen die Vielfalt, die Identität und die Leistungsfähigkeit des Frei-
625 staats aus.

626 **Das Ehrenamt gestaltet Heimat.** Die Menschen in Bayern stehen zusammen und kön-
627 nen sich auf den Zusammenhalt verlassen. Wer ein Ehrenamt übernimmt, gibt ein be-
628 sonderes Zeichen der Verbundenheit mit der Heimat. Für viele Menschen gehört das
629 Ehrenamt zu ihrer Identität. Sie leisten einen unglaublich wertvollen Beitrag zum Zu-
630 sammenhalt unserer Gesellschaft. Wir wissen, dass dieses Engagement nicht selbst-
631 verständlich ist. Staat und Gemeinden haben den Auftrag, ehrenamtlichen Einsatz be-
632 sonders zu fördern und anzuerkennen. Deshalb hat das Ehrenamt in Bayern Verfas-
633 sungsrang. Für die Zukunft müssen wir Wege finden, das Ehrenamt mit den modernen
634 Lebensweisen zu vereinbaren. Wir sind die Partei des Ehrenamts.

635 **Heimatliebe und gesunder Patriotismus gehören zusammen.** Das Bekenntnis zur
636 deutschen Nation ist ein gesunder und positiver Patriotismus. Dieser Patriotismus
637 stärkt unser Land.

638 2. Wirtschafts- und Sozialordnung: fortschrittlich und fair!

639 *Bayern und Deutschland stehen erfolgreich da. Unsere starke Wirtschaft ist Grundlage*
 640 *für unseren Wohlstand und den sozialen Ausgleich. Wenn wir das Erreichte erhalten und*
 641 *ausbauen wollen, müssen wir uns anstrengen. Unser Standort und die Soziale Marktwirt-*
 642 *schaft sind heute an vielen Stellen herausgefordert.*

643 **Die Digitalisierung verändert alles.** Sie verschiebt die Grundkoordinaten von Wirt-
 644 schaft, Politik und Gesellschaft fundamental. Mitunter genügt eine neue Geschäftsi-
 645 dee, um ganze Branchen zu revolutionieren. Die Möglichkeiten für neue Technologien,
 646 für neue Produkte, für neue Märkte wachsen beträchtlich. Die Grenzen zwischen Pro-
 647 duktion und Dienstleistung, zwischen Besitzen und Nutzen, zwischen Arbeit und Frei-
 648 zeit verschwimmen. Ein digitaler Aufbruch ist nötig, um beim nächsten Wirtschaftsw-
 649 under dabei zu sein.

650 **Die Globalisierung kennt keine herkömmlichen Leitplanken.** Neue weltumspannende
 651 Konzerne der Internetbranche haben mehr Kapital, Daten und Kunden als alle anderen
 652 Unternehmen. Die Digitalisierung befördert ein „globales Monopoly“. Das schadet dem
 653 Wettbewerb und ist nicht im Interesse von Mittelständlern und Verbrauchern. Die glo-
 654 bale Wirtschaft braucht Regeln für fairen Wettbewerb und eine nachhaltige Entwick-
 655 lung. Die Staaten müssen die Leitplanken für die Globalisierung neu setzen. Globali-
 656 sierung muss für alle gut sein.

657 **Der technologische Fortschritt beschleunigt sich selbst.** Die Möglichkeiten von Digita-
 658 lisierung, künstlicher Intelligenz und Biotechnologie verdoppeln sich alle eineinhalb
 659 bis zwei Jahre. In weniger als zwei Jahrzehnten wächst die Leistungsfähigkeit um den
 660 Faktor 1.000. Der technologische Fortschritt eröffnet viele Chancen. Zugleich ergeben
 661 sich neue Fragen nach der Zukunft der Arbeit und den Grenzen der Ökonomisierung
 662 des Menschen.

663 **Die Bevölkerungsentwicklung verschärft die Knappheit der Ressourcen.** Die Ressour-
 664 cen auf der Erde sind endlich. Eine nachhaltige Wirtschaft muss sorgsam damit umge-
 665 hen. Der Bevölkerungsexplosion in Teilen der Welt folgt eine Nachfrageexplosion bei
 666 Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Globale Nachhaltigkeit erfordert, dass wir die plane-
 667 taren Grenzen beachten. Die weitere Zunahme der Bevölkerungszahl wird bei nicht
 668 vermehrbarer Anbaufläche eine große Herausforderung für eine ressourcenbewusste
 669 Landwirtschaft.

670 **Das Bedürfnis nach Sicherheit nimmt zu.** Den meisten Menschen bei uns geht es gut.
 671 Viele haben aber Sorge, ob das in Zukunft so bleibt. Sie stehen unter dem Eindruck
 672 zunehmender Ungleichheiten und einer sich international weiter öffnenden Schere
 673 der Einkommens- und Vermögensverteilung. Sie suchen nach wirtschaftlichen Auf-
 674 stiegsmöglichkeiten und sorgen sich um ihr Auskommen im Alter. Sie hinterfragen den
 675 Wert von Veränderungen und zweifeln am Fortschritt. Diese Sorgen der Menschen
 676 müssen ernst genommen werden.

677 **Soziale Marktwirtschaft | Was unser Leitbild ist**

678 *Eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung geht vom Menschen aus. Sie lebt davon,*
679 *dass jeder sein Leben in die Hand nimmt. Der einzelne kann selbst bestimmen, wofür er*
680 *seine Arbeitskraft und sein Einkommen einsetzt. Und er kann sich darauf verlassen, dass*
681 *ihm geholfen wird, wenn er sich selbst nicht helfen kann. Das ist das Erfolgsrezept der*
682 *Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft sorgt für eine starke gesellschaft-*
683 *liche Mitte. Dafür stehen wir auch in Zukunft.*

684 **Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft.** Sie ist das erfolgreichste Wirt-
685 schaftsmodell der Welt. Sie bringt Freiheit, Wohlstand, Eigenverantwortung und Soli-
686 darität in Einklang wie keine andere Wirtschaftsordnung. Ihr marktwirtschaftlicher
687 Wettbewerbsgedanke sorgt für Leistungsfreude, die Sozialordnung für Sicherheit und
688 Ausgleich. Die CSU war federführend daran beteiligt, die Soziale Marktwirtschaft ge-
689 gen planwirtschaftliche Bestrebungen durchzusetzen. Auch heute wehren wir uns da-
690 gegen, die Soziale Marktwirtschaft abzuschaffen oder schlecht zu reden.

691 **Wir setzen auf Leistung und Wettbewerb.** Leistung muss sich lohnen. Wer sich an-
692 strengt, muss mehr haben als derjenige, der dies nicht tut. Leistungswettbewerb för-
693 dert Eigeninitiative, schafft Innovationen und sorgt für einen fairen Preis. Wirtschaftli-
694 che Leistung muss sich auszahlen, und wirtschaftliche Risiken dürfen nicht abgewälzt
695 werden. Eine Wirtschaftsordnung, die Gewinne privatisiert und Risiken sozialisiert, leh-
696 nen wir strikt ab.

697 **Wir setzen auf Gemeinwohl und Solidarität.** Soziale Sicherheit ist ein Gebot der
698 Menschlichkeit. Sie ist Fundament für inneren Frieden und Grundlage wirtschaftlicher
699 Leistungskraft. Wer in Folge von Alter, Behinderung, Krankheit oder Arbeitslosigkeit
700 nicht für sich selbst sorgen kann, muss auf die Solidarität aller vertrauen können. Dar-
701 aus einen allumfassenden Versorgungsanspruch mit Vollkasko mentalität abzuleiten,
702 ist mit uns nicht zu machen. Der Sozialstaat ist falsch verstanden, wenn er bevormun-
703 det und eigene Leistung hemmt.

704 **Wir stehen für das Eigentum.** Die Soziale Marktwirtschaft gründet auf privatem Eigen-
705 tum. Wer etwas Dauerhaftes aufbaut, wer sein Leben in die eigenen Hände nimmt, soll
706 die Früchte seiner Arbeit auch behalten dürfen. Der Staat muss Leistung honorieren,
707 Vermögensaufbau ermöglichen, Eigentum schützen und schleichende Enteignung ver-
708 hindern. Umgekehrt muss jeder wissen: Eigentum verpflichtet gegenüber der Gemein-
709 schaft.

710 **Wir stehen für eine Wirtschaft, die die Schöpfung achtet.** Die Marktwirtschaft der Zu-
711 kunft ist die ökosoziale Marktwirtschaft. Sie vereint soziale, ökonomische und ökolo-
712 gische Ziele. Wir wollen das Bewusstsein für Ressourceneffizienz in Wirtschaft und Ge-
713 sellschaft fördern. Der achtsame Umgang mit unserer Umwelt, Grund und Boden so-
714 wie mit der Vielfalt der Arten ist uns Auftrag. Unsere Schöpfung müssen wir für die
715 kommenden Generationen schützen und bewahren.

716 **Wir treten für faire Besteuerung ein.** Das Steuerrecht hat den Grundsätzen der Sozia-
717 len Marktwirtschaft zu folgen. Es muss leistungs- und investitionsfreundlich, gerecht
718 und möglichst einfach sein. Wir stehen für eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.
719 Menschen mit höherem Einkommen haben mehr zum Gemeinwesen beizutragen als
720 Menschen mit geringerem Einkommen. Umgekehrt muss aber auch gelten: Wer mehr
721 leistet, soll auch mehr zur eigenen Verfügung haben. Wir sind für eine faire Besteue-
722 rung von Einkommen aus Arbeit und Kapital. Versteckte Steuererhöhungen – wie die
723 Kalte Progression – lehnen wir ab. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Sie
724 schädigt die Gemeinschaft. Steuerhinterziehung muss strafrechtlich verfolgt, Steuer-
725 schlupflöcher müssen wirksam geschlossen werden.

726 **Wir kämpfen für eine stabile Währung.** Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist Funda-
727 ment der gemeinsamen Währung und deshalb strikt einzuhalten. Europa muss eine
728 Stabilitäts- und darf keine Schuldenunion sein. Eine Vergemeinschaftung von Staats-
729 schulden lehnen wir ab. Nur ein stabiler Geldwert sorgt dafür, dass das Erwirtschaftete
730 auch Bestand hat. Die Europäische Zentralbank muss sich strikt am Ziel der Preisni-
731 veaustabilität orientieren. Eine dauerhafte Nullzinspolitik und schrankenlose Geld-
732 schöpfung sind mit den Zielen der Sozialen Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren.
733 Wenn Zinsen faktisch abgeschafft sind, verlieren Anstrengung, Vorsorge und Sparen
734 ihren Wert. Statt zu nachhaltigem Vermögensaufbau kommt es zu Investitionsblasen
735 und übermäßiger Verschuldung. Es ist falsch, wenn der Konsum belohnt und Sparen
736 bestraft wird. Bargeld ist geprägte Freiheit. Wir sagen Nein zur Abschaffung des Bar-
737 gelds.

738 **Wir stehen zum europäischen Binnenmarkt und zu offenen Märkten.** Bayern und
739 Deutschland sind Standorte von zahlreichen Weltmarktführern. Wir profitieren von of-
740 fenen Märkten, der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie dem freien
741 Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital. Wohlstand wird dauerhaft nur in
742 europäischer und globaler Zusammenarbeit gesichert. Freier und fairer Handel ist
743 wichtig. Er beteiligt alle an der Wertschöpfung und trägt zu Freiheit in der Welt bei.

744 **Wir wertschätzen die Leistungsträger.** Arbeitnehmer, Unternehmer, Selbstständige,
745 Freiberufler und Landwirte: sie alle übernehmen Verantwortung für sich und andere
746 und dienen damit der Gemeinschaft. Das freie Unternehmertum mit allen Betriebsgrö-
747 ßen und Branchen macht unseren Standort aus. Unser starker Mittelstand mit seinen
748 Familienunternehmen und das Handwerk sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie
749 stellen zukunftsorientierte Ausbildungsplätze. Die Land- und Forstwirtschaft ist zudem
750 Garant für Chancen und Wertschöpfung im ländlichen Raum. Wir bekennen uns zur
751 heimischen und familiengeführten Landwirtschaft. Unsere Landwirte verdienen faire
752 Wertschätzung ihres unverzichtbaren Beitrags zur Ernährungssicherung sowie zum Er-
753 halt der Kulturlandschaft. Wir setzen auf den ehrbaren Unternehmer. Er weiß, dass er
754 Verantwortung hat: für das eigene Unternehmen und die Mitarbeiter, Partner und
755 Kunden, für sein örtliches Umfeld, die Umwelt und die Allgemeinheit.

756 **Wir stehen für Ordnungspolitik und aktive Wirtschaftspolitik.** Soziale Marktwirtschaft
757 braucht einen festen Rahmen mit klaren Regeln. Dafür sorgt ein starker Staat. Der
758 starke Staat ist durchsetzungsfähig im Großen und freiheitlich im Kleinen. Er soll Re-
759 gulierung auf das notwendige Maß begrenzen. Der Staat soll nur dort tätig werden,
760 wo Selbstregulierung und Selbstverwaltung nicht funktionieren. Und er soll durch eine
761 konstante Wirtschaftspolitik Planungssicherheit geben. Entschieden stellen wir uns
762 gegen Überregulierung und von Kontrollwahn getragene bürokratische Gängelung.
763 Aktive Wirtschaftspolitik ist das bayerische Markenzeichen und eine wichtige Ergän-
764 zung der Ordnungspolitik.

765 **Neue Fairness | Worauf es in Zukunft ankommt**

766 *Wir treten dafür ein, die Soziale Marktwirtschaft stark zu machen für das nächste Wirt-*
 767 *schaftswunder. Nur eine faire Wirtschafts- und Sozialordnung sichert dauerhaften Wohl-*
 768 *stand. Wir wollen die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in die Zukunft über-*
 769 *setzen: mit fairen Chancen für alle, mit fairen Spielregeln für die Arbeits- und Wirtschafts-*
 770 *welt, mit fairen Bedingungen für die Umwelt und kommende Generationen. Das schafft*
 771 *fairen Wohlstand.*

772 • **Fairness durch Fortschritt: Das nächste Wirtschaftswunder!**

773 *Fair ist, was Zukunft schafft. Fortschritt ist Basis für unseren Wohlstand und sozialen*
 774 *Frieden. Offen zu sein für Neues liegt im Interesse unserer Gesellschaft. Wir wollen Fort-*
 775 *schritt mit Verantwortung und Mut zur Offenheit. So wird die Grundlage für das nächste*
 776 *Wirtschaftswunder gelegt.*

777 **Zukunft hat ein Ziel.** Unser Ziel heißt: Bayern Weltspitze. Wir wollen in wesentlichen
 778 Schlüsselbereichen der Wirtschaft zur globalen Leitregion werden. Die intelligente
 779 Fabrik und das Internet der Dinge: werden in Bayern gedacht und gemacht. Vernetzte
 780 Mobilität und selbstfahrende Autos: werden auf unseren Straßen realisiert. Personali-
 781 sierte Medizin und neueste Medizintechnik: kommen aus unseren Laboren. Smarte
 782 Energiesysteme und automatisierte Häuser: werden bei uns aufgebaut. Höchster
 783 Schutz für Daten und Privatsphäre: wird in Bayern programmiert. – Das nächste Wirt-
 784 schaftswunder: findet in Bayern statt.

785 **Innovationskultur eröffnet Zukunft.** Unsere Wirtschafts- und Sozialordnung ist auf die
 786 Innovationskraft von Unternehmen und Wissenschaft angewiesen. Ohne sie würden
 787 wir im weltweiten Wettbewerb ins Hintertreffen geraten. Innovationen sichern Ar-
 788beitsplätze und stabilisieren unsere sozialen Sicherungssysteme. Fortschritt, Innovati-
 789onen und Wachstum sind wichtig, um Fairness auch in Zukunft zu gewährleisten. Wir
 790 stehen für Chancenbewusstsein statt Verzagtheit. Wir brauchen eine gesellschaftliche
 791 Innovationskultur: Unser Land muss offen sein für verantwortliche Innovationen und
 792 soll Lust auf Zukunft wecken.

793 **Fortschritt braucht Macher.** Unternehmer, Gründer und Beschäftigte sorgen für Auf-
 794bruch. Starke Gründer sind Grundlage für das nächste Wirtschaftswunder. Sie zeigen
 795 unternehmerischen Mut. Wir wollen ein Klima der Gründerfreundlichkeit schaffen und
 796 den Gründergeist fördern: Nur wenn wir Neues wagen, können wir Zukunft gewinnen.
 797 Die mittelständische Wirtschaft ist eine wesentliche Quelle von Fortschritt, Innovation
 798 und Wachstum. Mittelständische Innovationsfähigkeit gibt es nur mit unternehmeri-
 799scher Freiheit. Eine dirigistische, intervenierende und zentralistische Wirtschaftspolitik
 800 lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf weniger Bürokratie und mehr Anreize für
 801 Innovationen. Wir fördern bewährte Wirtschaftsstrukturen, damit sie Neues hervor-
 802bringen können.

803 **Fortschritt muss den Menschen dienen.** Die Menschen haben Vertrauen in Fortschritt,
 804 wenn er ihnen nützt und beherrschbar ist. Der Maßstab für Fortschritt ist der Mensch.
 805 Technik darf sich nicht vom Menschen entkoppeln. Jede Art von Technik – auch auto-
 806nome Systeme und künstliche Intelligenz – muss vom Menschen beherrschbar blei-
 807ben. Nicht das Machbare, sondern das Verantwortbare ist unser Maßstab. Bei der Be-
 808urteilung neuer Technologien müssen wir berücksichtigen, dass es in anderen Teilen
 809 der Welt andere Bedürfnisse gibt.

810 **Fortschritt benötigt ethische Leitplanken.** Wir müssen neue Konzepte zum Umgang mit
 811 neuen Technologien entwickeln. Bioethik steckt die Grenzen für die Biotechnologie ab.
 812 Digitalisierung braucht entsprechend eine digitale Ethik. Wir stellen die digitale Souve-
 813ränität der Menschen in den Mittelpunkt. Maßgabe muss der selbstbestimmte Umgang

814 mit den eigenen Daten sein. Wir wollen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung für die Welt von Daten und Algorithmen weiterentwickeln. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen nicht unbewusst oder gezwungenermaßen mit ihren Daten bezahlen müssen. Die Grenzen der Ökonomisierung sind dort erreicht, wo der Mensch nicht mehr Maß der Dinge ist. Auch autonome Systeme und künstliche Intelligenz müssen unseren ethischen Vorgaben folgen. Die Prüfung der Algorithmen muss hier möglich sein.

821 • **Fairness durch Befähigung: Chancen für alle!**

822 *Eine faire Wirtschafts- und Sozialordnung muss allen die Teilhabe am Wohlstand ermöglichen. Unsere Maxime heißt: Fairness durch Befähigung, nicht durch Umverteilung! Wir wollen die Menschen befähigen, ihre Chancen zu nutzen: überall und für jeden.*

825 **Neue Chancen sind für alle da.** Dafür müssen wir stark sein in Bildung, Wissenschaft und Forschung. Spitzenforschung in Bayern und Deutschland bedeutet Spitzenchancen für die Menschen. Wir wollen die Forschungslandschaft in Bayern weiter in allen Landesteilen ausbauen. Neue Errungenschaften müssen überall in Bayern ihren Weg in die Wirtschaft und zu den Menschen finden. Kooperation zwischen Hochschulen, außeruniversitärer Forschung und Wirtschaft ist die Triebfeder künftiger Erfolge. Die Talente von heute machen wir zu den Spitzenkräften von morgen. Fachkräftesicherung ist Wohlstandssicherung.

833 **Chancen liegen in starken Regionen.** In der Vielfalt liegt die Stärke Bayerns. Wir gestalten eine Politik der gegenseitigen Ergänzung von städtischen und ländlichen Regionen. Wir wollen alle gleichermaßen am guten Weg Bayerns teilhaben lassen. Gleichwertige Lebensbedingungen sind die Voraussetzung für faire Chancen: Die Menschen müssen überall im Land gleichermaßen Zugang zu Arbeit, Betreuung, Bildung, Gesundheit, Kultur und staatlichen Dienstleistungen haben. Der Freistaat fördert und sichert gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern.

840 **Chancen brauchen Infrastruktur.** Wirtschaft braucht Wege, Menschen brauchen Mobilität und alle brauchen das Internet. Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass es überall Chancen gibt. Leistungsfähige Telekommunikations- und Breitbandverbindungen sind heute genauso Lebensadern für ein Land wie Verkehrswege, Transportmittel und Stromnetze. Bayern kann seine Stärken nur ausspielen, wenn seine Infrastruktur auf modernstem Stand ist. Mit einer vorausschauenden Infrastrukturpolitik wollen wir auch für neue Bedarfe leistungsfähige Lösungen bereitstellen. Wir müssen Mobilität von Menschen, Gütern und Daten neu denken. Moderne Mobilität bedeutet die Verknüpfung von Infrastruktur, Verkehrsträgern und digitaler Kommunikation. Dazu kommt der Ausbau der Elektromobilität. Wir wollen den Gedanken der gemeinsamen Ressourcennutzung, ganz gleich ob Car-Sharing oder andere Aspekte der Sharing Economy, in die Infrastruktur der Zukunft einbetten. Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur ein. Dieser muss sich an der langfristigen Notwendigkeit orientieren. Wir bauen nicht um des Bauens willen, wir bauen für die Zukunft der Menschen.

855 **Chancen gibt es nur mit Energie.** Unsere Energieversorgung soll sicher, sauber und bezahlbar sein. Das ist unverzichtbare Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg, hohe Lebensqualität sowie Umwelt- und Klimaschutz. Den Ausbau der erneuerbaren Energien gestalten wir im Einklang mit Mensch und Natur. Unsere bayerische Landschaft wollen wir bewahren. Die Energiewende darf nicht unverhältnismäßig zu Lasten der Wirtschaft gehen und Arbeitsplätze gefährden. Wir wollen Energie sparen, einen vielfältigen Energiemix ausbauen und die Energietechnik weiterentwickeln. Dafür braucht es einen intelligenten, technologieoffenen und marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen. Energieversorgung in Bürgerhand ist eine wichtige Grundlage für die Akzeptanz der

864 Energiewende. Wir wollen die Energiewende nutzen, um Abhängigkeiten zu verrin-
865 gern und die regionale Wertschöpfung zu stärken.

866 **Landwirtschaft heißt Chancen im ländlichen Raum.** Landwirtschaft muss auch künftig
867 Garant für Wertschöpfung in der Region sein: mit hochwertigen Nahrungsmitteln,
868 wertvollen Arbeitsplätzen und einer nachhaltigen Nutzung und flächendeckenden
869 Pflege der Kulturlandschaft. Wir bekennen uns zu unserer heimischen, bäuerlichen
870 Landwirtschaft. Unser Ziel ist es, die Vielfalt unserer Landwirtschaft zu erhalten: Alle
871 Betriebsgrößen und Erzeugungsformen müssen möglich sein. Das Leitbild ist der fa-
872 miliengeführte Landwirtschaftsbetrieb. Besonders die Arbeit der kleinen und mittlere-
873 ren Betriebe muss wertgeschätzt werden. Wir wollen eine Land- und Forstwirtschaft,
874 die zukunftsfähig ist, Arbeitsplätze schafft und nachhaltig wirtschaftet. Der perma-
875 nente Strukturwandel muss durch politische Maßnahmen sozial und ökonomisch ab-
876 gefedert werden. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Landwirt-
877 schaft sichern. Ökologische und soziale Leistungen der Landwirte, die gesellschaftlich
878 gewünscht sind, müssen angemessen ausgeglichen werden. Wir wollen das Bewusst-
879 sein und die Wertschätzung für unsere gesunden und qualitativ hochwertigen Lebens-
880 mittel stärken. Über die Marktpreise sollen unsere heimischen Erzeuger ein sicheres
881 und ausreichendes Einkommen erzielen können. Qualität hat auch bei Lebensmitteln
882 ihren Preis.

883 • **Fairness durch Arbeit: Gutes Auskommen und soziale Sicherheit!**

884 *Erfolgreiches Wirtschaften ist auf Dauer nur mit sozialem Frieden möglich. Fairness heißt*
885 *für uns: Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können und soziale Sicherheit*
886 *haben. Wir setzen uns für einen Sozialstaat des fairen Ausgleichs ein. Zur Fairness gehört*
887 *Eigenverantwortung. Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben fördern und zu Eigenverant-*
888 *wortung befähigen. So viele Menschen wie möglich sollen für sich selbst sorgen können.*

889 **Wer arbeitet, muss davon leben können.** Arbeitnehmer gehören zu den Leistungsträ-
890 gern unserer Gesellschaft. Jede Arbeit ist sinnvoll und hat ihren Wert. Wer arbeitet, soll
891 mehr in der Tasche haben als jemand, der nicht arbeitet. Wer Vollzeit arbeitet, soll
892 davon auch leben können. Fairness im Erwerbsleben bedeutet nicht nur Auskommen,
893 sondern auch Lebensqualität.

894 **Gute Arbeit ist familienfreundlich.** Wir brauchen flexible Beschäftigungsmodelle für
895 eine familienfreundliche Arbeitswelt. Dafür gibt es bereits viele Beispiele in der be-
896 trieblichen Praxis. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Familienpause muss er-
897 leichtert werden. Die Aufstiegs- und Qualifizierungschancen für Mütter und Väter gilt
898 es zu verbessern. Gemeinsam mit den Unternehmen wollen wir Hemmnisse beseitigen
899 und mehr Flexibilität ermöglichen. Der Wechsel von Teilzeit zu Vollzeit und umgekehrt
900 muss einfacher möglich sein. Präsenz am Arbeitsplatz und die Möglichkeiten der Tele-
901 arbeit sollen sich flexibel ergänzen. Wir wollen, dass unbefristete Arbeitsverhältnisse
902 die Regel bleiben. Gerade auch Berufsanfänger, die eine Familie haben oder gründen
903 wollen, brauchen Planungssicherheit.

904 **Betriebliche Vielfalt ist Chance und braucht Fairness.** In vielen Unternehmen ist die
905 Belegschaft so vielfältig wie unsere Gesellschaft: mit Frauen und Männern, Jung und
906 Alt, Menschen mit vielfältigen Qualifikationen und unterschiedlicher Herkunft. So kön-
907 nen Unternehmen neue Entwicklungen schneller aufnehmen. Es muss Selbstverständ-
908 lichkeit sein: Frauen und Männer müssen gleiches Geld für gleiche Arbeit bekommen.
909 Das Geschlecht darf bei gleichen Voraussetzungen die Aufstiegschancen nicht beein-
910 flussen. Arbeitnehmer mit Behinderungen oder Migrationshintergrund dürfen nicht
911 benachteiligt werden.

912 **Die moderne Arbeitswelt benötigt einen modernen Rahmen.** Die Prinzipien der Tarif-
913 autonomie, der Mitbestimmung und der Sozialpartnerschaft haben sich bewährt.
914 Gleichzeitig wird die Gestaltung der Arbeitswelt neu herausgefordert. Internationaler
915 Austausch, Digitalisierung und demografischer Wandel verändern die Ansprüche an
916 die Arbeitswelt. Neue Arbeitsformen wie „Crowd-Working“ verwischen die Grenzen
917 zwischen abhängiger und selbstständiger Tätigkeit. Unsere Überzeugung ist, dass die
918 moderne Arbeitswelt gemeinsam ausgestaltet werden muss: mit grundsätzlicher Ver-
919 lässlichkeit und notwendiger Flexibilität. Das Arbeitsrecht muss entkrustet werden,
920 aber nicht entkernt. Wir stehen zum notwendigen Schutz der Arbeitnehmer.

921 **Vermögensaufbau muss möglich sein.** Wir wollen, dass jeder durch eigene Arbeit Eigen-
922 tum erwerben und Vermögen aufbauen kann. Eigentum bedeutet Sicherheit. Gerechte
923 Steuer- und Vorsorgepolitik belohnt Eigenverantwortung, Leistung und private Vor-
924 sorge. Gerade für Familien muss der Erwerb von Wohneigentum möglich sein. Wir treten
925 deshalb für ein Familienbaugeld ein.

926 **Gesundheit darf keine Frage von Einkommen sein.** Im Mittelpunkt unseres Gesund-
927 heitssystems steht der Mensch. Kranke, Menschen mit Behinderung und Pflegebedürf-
928 tige müssen auf die Solidarität der Gemeinschaft vertrauen können. Niemand, der Hilfe
929 benötigt, darf alleine gelassen werden. Einer Zwei- oder Mehrklassenmedizin erteilen
930 wir eine Absage. Solidarität bedeutet, dass starke Schultern mehr tragen als schwache.
931 Die CSU lehnt ein System ab, bei dem jeder unabhängig vom Einkommen gleich viel
932 zahlen muss. Wir treten für eine vielgestaltige Versicherungslandschaft ein, in der ver-
933 schiedene Modelle ihren Platz haben. Der medizinische und technische Fortschritt muss
934 für alle da sein: Der Präventionsgedanke soll weiter gestärkt sowie die sprechende und
935 beratende Medizin ausgebaut werden. Moderne Medizin hat einen ganzheitlichen Blick
936 auf den Menschen als Einheit von Körper, Seele und Geist.

937 **Flächendeckende Versorgung ist unabdingbar.** Wir wollen Medizin und Hilfe zu den
938 Menschen bringen, nicht umgekehrt. Dafür müssen alle Möglichkeiten wie die der Te-
939 lemedizin ausgeschöpft werden. Die flächendeckende Versorgung soll passgenau mit
940 ambulanten haus-, fachärztlichen sowie stationären Leistungen erfolgen. Das gilt auch
941 für Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie Apotheken. Wir halten freie Arzt- und Kran-
942 kenhauswahl, Therapiefreiheit und Unabhängigkeit der freien Gesundheitsberufe
943 hoch. Um auch künftig qualifiziertes Personal zu finden, müssen wir die Attraktivität
944 der Pflegeberufe steigern. Menschen, die sich um andere kümmern, haben unsere be-
945 sondere Wertschätzung verdient. Wir wollen Innovationen nutzen, um Eigenverant-
946 wortung, Mitwirkung und Selbstkontrolle des Patienten zu stärken. Der Einzelne muss
947 immer die Hoheit über seine Gesundheitsdaten haben.

948 **Die Rente muss fair und auskömmlich sein.** Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll
949 im Alter auskömmlich und selbstbestimmt leben können. Wer mehr eingezahlt hat,
950 muss im Alter auch mehr haben; dafür steht die Leistungsrente. Wer Kinder aufgezogen
951 hat, soll davon beim Rentenniveau profitieren; dafür stehen Mütterrente und Kin-
952 derbonus. Fairness zwischen den Generationen muss über den Generationenvertrag
953 und die Rentenformel sichergestellt werden. Wir brauchen mehr Flexibilität beim Ren-
954 teneintritt. Das ermöglicht Freiheit für die Menschen und trägt den unterschiedlichen
955 Erwerbsbiographien Rechnung.

956 **Der Sozialstaat muss tragfähig bleiben.** Einen leistungsfähigen Sozialstaat kann es nur
957 geben, wenn wir wirtschaftlich stark sind. Wir können für unseren Sozialstaat nur so viel
958 ausgeben, wie wir erarbeiten. Es ist unmoralisch, unseren Kindern und Enkeln Schulden
959 und Lasten aufzuerlegen. Soziale Sicherheit muss dauerhaft auf einem stabilen Funda-
960 ment stehen. Wir setzen uns für eine zukunftsfeste Finanzierung der sozialen Sicherung
961 ein. Zu ihren Elementen gehören Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, be-
962 triebliche und private Vorsorge sowie Steuerfinanzierung.

963 • **Fairness durch Ordnung: Globale Spielregeln!**

964 *Fairness gibt es nur mit Regeln, an die sich alle halten. Die Soziale Marktwirtschaft muss*
 965 *auch in der neuen Wirtschaftswelt die ordnende Kraft sein. Die Grundprinzipien der Sozi-*
 966 *alen Marktwirtschaft sind in die Zukunft zu übersetzen und weltweit zu exportieren. Wir*
 967 *wollen die Soziale Marktwirtschaft zur global-sozialen Marktwirtschaft machen.*

968 **Globaler Wettbewerb braucht Schutz vor Monopolen.** Die Digitalisierung verändert
 969 die Spielregeln am Markt grundlegend: Einige wenige globale Konzerne können mit
 970 ihrer Marktmacht ihre eigenen Regeln setzen. Weltweite Monopole über verschiedene
 971 Sektoren hinweg bedrohen Wettbewerb und Arbeitsplätze. Die Soziale Marktwirt-
 972 schaft muss wehrhaft sein: Nicht Größe darf entscheiden, sondern der funktionierende
 973 Wettbewerb. Wir setzen uns dafür ein, die übergroße Marktmacht einzelner Unterneh-
 974 men zu begrenzen. Gegen Monopole bei Daten und Informationen helfen nur strikte
 975 Auflagen. Wir brauchen im Kartellrecht ein modernes Verständnis von Marktabgren-
 976 zung. Durchsetzungsfähige Behörden sorgen für eine effektive Wettbewerbskontrolle.
 977 Wir treten für wirksame digitale Spielregeln in Europa und der Welt ein. Wir wollen,
 978 dass europäische Standards auch gegenüber multinationalen Unternehmen mit Sitz
 979 außerhalb Europas durchgesetzt werden.

980 **Neues und Altes verdienen Chancengleichheit.** Der digitale Wandel hat Produkte und
 981 Dienstleistungen hervorgebracht, für die bestehende Regeln nicht ausgelegt sind. Es
 982 wäre nicht fair, wenn neue Anbieter daraus einen dauerhaften Wettbewerbsvorteil ge-
 983 genüber den traditionellen Branchen ziehen. Umgekehrt wäre es nicht richtig, neue
 984 Geschäftsmodelle zu benachteiligen oder gar zu verbieten. Deshalb stehen wir für eine
 985 Angleichung der Regulierung von alter und neuer Welt: Was bisher nicht reguliert ist,
 986 braucht eine Mindestregulierung. Was übermäßig reguliert ist, bekommt mehr wirt-
 987 schaftliche Freiheit und weniger Bürokratie.

988 **Finanzmärkte und Steuerwettbewerb benötigen entschiedene Regulierung.** Wir wol-
 989 len keine Verselbständigung der Finanzmärkte. Die Finanzwirtschaft muss wieder auf
 990 ihre dienende und stabilisierende Rolle zurückgeführt werden. Unser deutsches Drei-
 991 Säulen-System aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschafts-
 992 banken hat sich bewährt. Wir befürworten eine strikte Regulierung des weltweiten
 993 Finanzmarkts, die gleichwohl angemessen den Unterschieden in unserem Bankensys-
 994 tem Rechnung trägt. Fairer Wettbewerb verlangt internationale Steuerfairness. Ge-
 995 winne und Einkommen müssen dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden.
 996 Einem unfairen und ruinösen Steuerwettbewerb gehören Grenzen gesetzt; Steueroa-
 997 sen müssen weltweit geächtet werden.

998 **Welthandel muss unseren Regeln folgen.** Wir stehen zum freien und fairen Welthan-
 999 del. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass unsere sozialen, ökologischen oder politischen
 1000 Standards in der globalen Wirtschaft untergraben werden. Wir fordern bei internationa-
 1001 len Handelsverträgen, dass unsere Standards für Arbeits-, Verbraucher-, Tier- und Um-
 1002 weltschutz eingehalten werden. Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge wie die Trink-
 1003 wasserversorgung haben in Handelsabkommen nichts verloren.

1004 **Globalisierung braucht globale Standards mit unseren Werten.** Wir dürfen uns nicht
 1005 damit abfinden, dass Globalisierung Verlierer produziert. Der Staat hat die Aufgabe,
 1006 die positiven Seiten der Globalisierung allen seinen Bürgern zugänglich zu machen.
 1007 Jeder soll zum Globalisierungsgewinner werden können. Wir wollen dazu die Prinzipien
 1008 der Sozialen Marktwirtschaft international verbindlich machen. Wir wollen Taktgeber
 1009 für internationale Standards sein und ordnungspolitische Leitplanken setzen. Die Sozi-
 1010 ale Marktwirtschaft ist die gemeinsame europäische Antwort auf Herausforderungen
 1011 einer globalisierten Wirtschaft. Wir wollen für die Errungenschaften der Sozialen Markt-

1012 wirtschaft werben und sie als Wirtschaftsform erster Wahl global verfestigen. Notwen-
 1013 dige Voraussetzungen für einen fairen Wettbewerb sind eine globale Wettbewerbspoli-
 1014 tik, der Schutz geistigen Eigentums, der Kampf gegen Korruption und ein stabiles inter-
 1015 nationales Finanzsystem. Gerade Landwirtschaft und Verbraucherschutz benötigen
 1016 Raum für Regionalität und Vielfalt.

1017 • **Fairness durch Nachhaltigkeit: Verantwortung für die Eine Welt!**

1018 *Nachhaltig handeln heißt, ökonomische, ökologische und soziale Aspekte einzubeziehen.*
 1019 *Faires Wirtschaften berücksichtigt nachfolgende Generationen und respektiert die Schöp-*
 1020 *fung. Faires Wirtschaften weiß um die Herausforderungen globaler Ungleichheiten und*
 1021 *denkt an die eigene Verantwortung in der Einen Welt. Wir wollen die Soziale Marktwirt-*
 1022 *schaft auch zu einer ökosozialen machen.*

1023 **Umweltschutz fängt bei uns an.** Der Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung folgt un-
 1024 mittelbar aus dem christlichen Menschenbild. Dabei setzen wir auf Kooperation statt
 1025 Konfrontation. Für uns kommen Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und kooperativer
 1026 Umweltschutz vor staatlicher Regulierung. Partner, die freiwillig mehr leisten als ge-
 1027 setzlich verpflichtet, sind Vorbild im Umweltschutz. Umweltdelikte sind keine Kava-
 1028 liersdelikte. Wer Vorschriften missachtet, muss mit aller Härte des Rechtsstaats rech-
 1029 nen.

1030 **Nachhaltigkeit ist eine Chance für Wirtschaft und Umwelt.** Wir setzen auf Umweltin-
 1031 novationen. Die Agrarforschung muss nachdrücklich verstärkt werden. Nachhaltige
 1032 Tierhaltung und Landnutzung sowie effizienter Ressourceneinsatz sollen dadurch wei-
 1033 ter verbessert werden. Wir wollen das Wirtschaftswachstum durch intelligenten Fort-
 1034 schritt vom Ressourceneinsatz entkoppeln. Die Steigerung der Ökoeffizienz und das
 1035 Schließen von Wirtschaftskreisläufen verbindet quantitatives und qualitatives Wachs-
 1036 tum. So bringen wir Ökonomie und Ökologie zusammen.

1037 **Eine gemeinsame Welt braucht gemeinsamen Schutz.** Wir wollen unsere Wirtschafts-
 1038 form so weiterentwickeln, dass wir die Belastbarkeit der Erde nicht überschreiten. Öko-
 1039 logische Nachhaltigkeit ist eine globale Aufgabe. Wir müssen gemeinsam die Lebens-
 1040 grundlagen vor Raubbau, Zerstörung und unumkehrbaren Klimaveränderungen schüt-
 1041 zen. In unserer Einen Welt gelingt der Schutz von Umwelt, Natur und Klima nur durch
 1042 aktive internationale Zusammenarbeit. Die völkerrechtsverbindliche Zielvereinbarung
 1043 für den CO₂-Ausstoß ist beispielhaft.

1044 **Fair ist, an andere zu denken.** Fairer Wohlstand ist das zentrale Konzept für die Eine
 1045 Welt. Die Industrieländer dürfen ihren Wohlstand nicht auf Kosten anderer erwirt-
 1046 schaften. Ausbeutung kann nicht die Grundlage günstiger Preise sein. Bei globaler
 1047 Wertschöpfung müssen wir andere dabei unterstützen, selbst nachhaltig zu wirtschaf-
 1048 ten. Die global nachhaltige Entwicklung liegt in unserem Interesse. Fairer Wohlstand
 1049 schützt vor sozialen Spannungen und stiftet Frieden. Wir unterstützen die nachhaltigen
 1050 Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Bayern und Deutschland leisten dazu
 1051 einen wichtigen Beitrag. Alle Menschen sollen Zugang zu Wasser, Nahrung, Bildung,
 1052 Arbeitsplätzen und medizinischer Versorgung erhalten.

1053 **Schulden sind kein Vermächtnis.** Fair ist es, heute an morgen zu denken. Unsere Kin-
 1054 der und Enkel haben Chancen statt Schulden verdient. Wir dürfen unseren Wohlstand
 1055 nicht auf Kosten der kommenden Generationen erwirtschaften. Eine Finanzierung des
 1056 Staates auf Schuldenbasis lehnen wir kategorisch ab. Solide Staatsfinanzen sind Ga-
 1057 rant für Generationengerechtigkeit.

1058 **3. Staats- und Rechtsordnung: stark und verlässlich!**

1059 *Deutschlands Staats- und Rechtsordnung hat sich über Jahrzehnte bewährt und ist welt-*
1060 *weit Vorbild. Sie steht für Stabilität, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Gleich-*
1061 *wohl wird sie heute herausgefordert: durch neue Bedrohungen im Innern und Äußern,*
1062 *durch ausufernde Erwartungen an den Staat und durch komplexere Zusammenhänge.*
1063 *Die Menschen haben Anspruch auf einen starken Staat, dem sie vertrauen können.*

1064 **Neue Bedrohungen richten sich gegen das Gemeinwesen.** Terrorismus, Angriffe aus
1065 dem Internet und staatsfeindliche Ideologien bedrohen unser Zusammenleben. Un-
1066 sere Staats- und Rechtsordnung muss darauf Antworten geben. Mit neuen Instrumen-
1067 ten wollen wir mehr Sicherheit schaffen, um die Freiheit zu schützen.

1068 **Die Erwartungen an den Staat verändern sich.** Gewünscht ist mehr Beteiligung –
1069 gleichzeitig soll es schnelle Entscheidungen geben. Erwartet werden umfassende Re-
1070 gelungen – gleichzeitig muss es weniger Bürokratie geben. Gefordert wird ein durch-
1071 setzungsstarker Staat – gleichzeitig ist die Freiheit der Bürger zu achten. Damit muss
1072 der moderne Staat lernen umzugehen.

1073 **Die staatliche Steuerungsfähigkeit wird auf die Probe gestellt.** Akteure in der digita-
1074 len Welt entziehen sich zunehmend staatlichen Regelungen. Hier muss die staatliche
1075 Ordnung gegenwirken und neue Möglichkeiten zur Steuerung entwickeln. Es muss
1076 gelten: Die Politik setzt die Regeln.

1077 **Politik muss mit wachsender Komplexität umgehen.** Der technische Fortschritt und
1078 die wirtschaftliche Beschleunigung führen zu großen Veränderungen. Vertrauen in die
1079 Institutionen und deren Fähigkeit zur Problemlösung wird immer öfter auf die Probe
1080 gestellt. Aufgabe der Politik ist es, Veränderungen zu erklären und Wandel zu gestal-
1081 ten. Es darf sich niemand abgehängt oder von der Modernisierung überfordert fühlen.
1082 Gute Politik nimmt die Menschen mit und bindet sie ein.

1083 **Medien und Internet beeinflussen zunehmend den öffentlichen Diskurs.** Eine leben-
1084 dige Demokratie ist auf Vielfalt von Meinungen und Objektivität von Informationen
1085 angewiesen. Der Staat muss dies auch im Zeitalter von Suchmaschinen und sozialen
1086 Medien sicherstellen. Nicht die Macht der Algorithmen, sondern die Macht der Argu-
1087 mente muss gelten.

1088 **Starker Staat | Was unser Leitbild ist**

1089 *Wir stehen für den starken Staat. Der Staat ist oberster Garant von Freiheit und Sicher-*
 1090 *heit, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Er achtet die Rechte der Bürger und sorgt*
 1091 *für Gerechtigkeit. Gelingendes Zusammenleben setzt einen starken Staat voraus. Nur er*
 1092 *kann die Bürger beschützen und die demokratische Ordnung verlässlich durchsetzen.*

1093 **Wir gehen vom freien und mündigen Staatsbürger aus.** Der Staat muss eine vernünftige
 1094 Ordnung der allgemeinen Freiheit gewährleisten. Allgemeine Freiheitsrechte sind
 1095 zu schützen und im Verhältnis der Mitbürger zu regeln. Der Staat muss die Beteiligung
 1096 an der politischen Willensbildung als Freiheitsrecht gewährleisten.

1097 **Wir setzen auf den starken und souveränen Staat.** Er ist vom Staatsvolk getragen, übt
 1098 die Staatsgewalt aus und schützt das Staatsgebiet. Weder linke Utopie noch überstei-
 1099 gerter Liberalismus können eine funktionierende staatliche Ordnung ermöglichen. Ein
 1100 starker Staat ist Garant einer freien Gesellschaft und Hüter der Sozialen Marktwirt-
 1101 schaft.

1102 **Wir treten für die freiheitliche demokratische Grundordnung ein.** Sie führt die Staats-
 1103 gewalt auf die politische Freiheit der Staatsbürger zurück. Der Staat muss sich gegen-
 1104 über denen behaupten, die seine Grundordnung hintertreiben oder beseitigen wollen.
 1105 Wir bekämpfen politischen Extremismus von Links wie von Rechts ebenso wie jede Art
 1106 von religiösem Extremismus. Die wehrhafte Demokratie darf auf keinem Auge blind
 1107 sein.

1108 **Wir stehen für den starken Rechtsstaat.** Der Bürger muss darauf vertrauen können,
 1109 dass die Rechtsordnung gilt und verlässlich vollzogen wird. Nicht das Recht des Stär-
 1110 keren, sondern die Stärke des Rechts muss gelten. Wir sind überzeugt: Ein Staat ist
 1111 nur verlässlich mit einer starken und unabhängigen Justiz.

1112 **Wir bekennen uns zur parlamentarischen Demokratie.** Sie lebt von der aktiven Mit-
 1113 wirkung der Bürger, vor allem bei Wahlen. Sie legitimiert staatliches Handeln. Der
 1114 erste Ort hierfür sind die Parlamente mit ihren demokratisch gewählten Abgeordne-
 1115 ten. Wir stehen für starke und unabhängige Parlamentarier. Die direkte Demokratie
 1116 mit Bürger- und Volksentscheiden ist eine wichtige Ergänzung.

1117 **Wir sind überzeugte Föderalisten.** Die deutschen Länder sind historisch gewachsen.
 1118 Sie geben Identität und Heimat. Wir schöpfen unsere Kompetenzen zum Wohle unse-
 1119 rer Bürger voll aus. Auch künftig werden wir die Dinge selbstbewusst in unserem – im
 1120 bayerischen – Sinne regeln. Wir werden jeden Versuch zurückweisen, die Eigenstaat-
 1121 lichkeit der Länder zu untergraben oder ihre Kompetenzen auszuhöhlen. Deutschland
 1122 braucht das starke Bayern.

1123 **Wir denken Politik von den Kommunen her.** Eine lebendige Demokratie lebt von Bür-
 1124 gernahe und eigenverantwortlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Wir treten für starke
 1125 und lebendige Kommunen ein. Das Subsidiaritätsprinzip muss gelten: Eine Aufgabe
 1126 soll nur dann von einer höheren Ebene wahrgenommen werden, wenn eine untere sie
 1127 nicht ebenso oder gar besser erledigen kann.

1128 **Wir stehen für die Mitwirkung der Parteien an der Meinungs- und Willensbildung.**
 1129 Demokratie lebt vom konstruktiven Wettstreit der politischen Ideen. Für einen stabili-
 1130 len, handlungsfähigen Staat ist die integrative Kraft der Parteien unerlässlich. Als
 1131 Volkspartei führen wir alle Bevölkerungsteile und Schichten zusammen. So schaffen
 1132 wir politischen Ausgleich.

1133 **Neues Vertrauen | Worauf es in Zukunft ankommt**

1134 *Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass der Staat seinen Aufgaben verlässlich*
 1135 *nachkommt. Der Staat muss seinerseits um neues Vertrauen werben, damit er Rückhalt*
 1136 *hat und stark sein kann. Wir stehen für den Staat, zu dem die Menschen Vertrauen haben*
 1137 *können. Er muss Sicherheit bieten, für Recht und Ordnung sorgen, Lösungen liefern und*
 1138 *Akzeptanz finden. Wir wollen einen Staat, der stark im Großen und freiheitlich im Kleinen*
 1139 *ist; einen wertgebundenen Staat, der auch wehrhaft ist; und einen bürgerfreundlichen*
 1140 *Staat, der vom Menschen her gedacht ist.*

1141 • **Vertrauen durch Schutz: Der Staat als Garant von Sicherheit und Ordnung!**

1142 *Die erste Aufgabe des Staates ist es, seine Bürger zu schützen. Der Staat muss Stärke*
 1143 *zeigen, wenn es um den Schutz seiner Bürger geht. Darauf vertrauen die Bürger. Heute*
 1144 *ist Sicherheit wichtiger denn je. Wir wollen, dass bei uns alle Menschen frei und sicher*
 1145 *leben können – zuhause, im öffentlichen und im digitalen Raum. Nur in einem sicheren*
 1146 *Staat ist ein Leben in Freiheit möglich.*

1147 **Freiheit braucht Sicherheit.** Sicherheit ist Voraussetzung für Freiheit, friedliches Zu-
 1148 **sammenleben und Vertrauen in den Staat.** Die Menschen in unserem Land haben ein
 1149 **Recht auf Sicherheit.** Bayern sorgt für ein Leben in Sicherheit, und das bleibt auch in
 1150 **Zukunft so.** Wir gewähren null Toleranz bei Rechtsverstößen und Gewalt. Die CSU ist
 1151 **und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit.** In Bayern leben, heißt sicherer leben.

1152 **Sicherheit braucht Stärke und Sichtbarkeit.** Kennzeichen unserer Innenpolitik ist eine
 1153 **robuste bayerische Sicherheitsarchitektur:** Die Stärke unserer Sicherheitsbehörden
 1154 **sorgt für Deeskalation.** Recht und Ordnung sind konsequent durchzusetzen. Eine Ba-
 1155 **gatellisierung von Straftaten darf nicht sein.** Wir geben unseren Sicherheitsbehörden
 1156 **einen starken Rückhalt in Politik und Gesellschaft.** Unsere Polizei muss sich nicht ver-
 1157 **stecken.** Sichtbare Polizei im öffentlichen Raum gehört zu einem sicheren Staat. Zur
 1158 **Inneren Sicherheit zählt aber auch die Hilfe in Notfällen und elementaren Gefahrenla-**
 1159 **gen.** Rettungsdienste, Feuerwehren und Katastrophenschutz leisten hauptberuflich
 1160 **und ehrenamtlich jeden Tag Großes.** Sicherheit braucht solche engagierten Bürger. Wir
 1161 **wertschätzen dieses Engagement, fördern es und reduzieren bürokratische Hemm-**
 1162 **nisse.**

1163 **Sicherheit gibt es nur mit Vertrauen.** Unsere Sicherheitskräfte verdienen Respekt und
 1164 **Anerkennung.** Wir sind stolz auf unsere bayerische Polizei und auf alle, die im täglichen
 1165 **Dienst für die Sicherheit der Bevölkerung eintreten.** Verlässlich gewährleisten sie Si-
 1166 **cherheit und setzen Ordnung durch.** Polizeiarbeit darf nicht behindert oder verun-
 1167 **glimpfend als Polizeigewalt hingestellt werden.** Wer Gewalt gegen unsere Sicherheits-
 1168 **kräfte übt, greift uns alle an.** Wir wollen mehr für die Sicherheit derer tun, die uns vor
 1169 **Rechtsbrechern schützen.** Wir schützen die, die uns schützen.

1170 **Der Schutz vor neuen Gefahren benötigt neue Konzepte.** Bedrohungen machen nicht
 1171 **an Staats- und Ländergrenzen halt.** Im Kampf gegen internationalen Terrorismus und
 1172 **organisierte Kriminalität bedarf es intensiver Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehör-**
 1173 **den, über Länder- und nationale Grenzen hinweg.** Gefährder müssen an der Einreise
 1174 **in unser Land gehindert werden, sie müssen überwacht und wenn möglich außer Lan-**
 1175 **des gebracht werden.**

1176 **Die Bundeswehr ist Teil der nationalen Sicherheit.** Im Kampf gegen asymmetrische
 1177 **und terroristische Bedrohungslagen brauchen wir ein integriertes nationales Sicher-**
 1178 **heitskonzept.** Kräfte der äußeren und inneren Sicherheit sollen sich wirksam ergänzen.
 1179 **Gegen terroristische Bedrohungen und beim Angriff auf kritische Infrastrukturen soll**
 1180 **die Bundeswehr auch außerhalb der Katastrophenhilfe im Innern zum Einsatz kom-**
 1181 **men können.**

- 1182 **Sicherheit braucht die beste Ausstattung und geeignete rechtliche Befugnisse.** Die
 1183 personelle, technische und rechtliche Ausstattung unserer Sicherheitskräfte muss auf
 1184 aktuellem Stand und höchstem Niveau sein. Kriminelle dürfen keinen technischen Vor-
 1185 sprung haben. Neue Bedrohungsszenarien wie Terrorismus oder digitale Kriminalität
 1186 erfordern geeignete Befugnisse. Der digitale Raum ist kein rechtsfreier und kein
 1187 rechtsverfolgungsfreier Raum. Auch digitale Spuren müssen rechtssicher und verhält-
 1188 nismäßig ausgewertet werden können. Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit
 1189 ist für das digitale Zeitalter fortzuschreiben.
- 1190 **Auch Verbraucherschutz ist Sicherheit.** Die Verbraucher sollen sich auf sichere Lebens-
 1191 mittel, Produkte und Dienstleistungen verlassen können. Wir wollen ein Netz der Ver-
 1192 brauchersicherheit spannen. Mündige Verbraucher, die Selbstverpflichtung von Produ-
 1193 zenten, die Nutzung von aussagekräftigen Siegeln sowie staatliche Regelungen und
 1194 Kontrollen sollen zusammenwirken. Bei Verstößen müssen wirkungsvolle Sanktions-
 1195 mechanismen greifen. Das muss mehr als bisher auch für Importprodukte gelten.
- 1196 • **Vertrauen durch Ordnung: Stärke des Rechts!**
- 1197 *Das Vertrauen der Bürger in die Geltung des Rechts ist Grundlage jeglicher staatlichen*
 1198 *Ordnung. Wir wollen einen verlässlichen Staat, der die demokratische Herrschaft des*
 1199 *Rechts garantiert. Das Gewaltmonopol des Staates ist für uns nicht verhandelbar.*
- 1200 **In Deutschland gilt das Grundgesetz.** Rechtsetzung, Rechtsprechung und Rechtsvoll-
 1201 zug sind für uns ausschließlich staatliche Aufgaben. Sie sind zwingend an die Verfas-
 1202 sung gebunden. Nur der Staat ist berechtigt und verpflichtet, die geltende Rechtsord-
 1203 nung durchzusetzen. Er darf nicht weichen, sondern muss Stärke zeigen gegenüber
 1204 Parallelgesellschaften. Parallelgesellschaften haben bei uns keinen Platz. Wir dulden
 1205 weder Paralleljustiz noch Relativierungen oder gar Beschneidungen von Grundrech-
 1206 ten. Wir zeigen null Toleranz gegenüber verfassungsfeindlichen Ideologien, religiösem
 1207 Fanatismus und menschenrechtswidrigen Handlungen wie Zwangsheirat, Kinderehen
 1208 und Genitalverstümmelung. Eine Erosion unserer Staats- und Rechtsordnung lassen
 1209 wir nicht zu.
- 1210 **Der Rechtsstaat ist weltanschaulich neutral.** Unsere Staats- und Rechtsordnung ist
 1211 durch die Errungenschaften der Aufklärung geprägt. Zu den Grundpfeilern dieser Ord-
 1212 nung gehört die Unterscheidung von Staat und Religion mit ihrem besonderen Ver-
 1213 hältnis zwischen den christlichen Kirchen und dem Staat. Jedes Verständnis von Reli-
 1214 gion muss sich in diese Ordnung einfügen. Bei uns hat weder eine Staatsreligion Platz
 1215 noch eine von einem anderen Staat gesteuerte oder finanzierte Religion. Umgekehrt
 1216 muss der Staat sicherstellen, dass seine religiöse und weltanschauliche Neutralität ge-
 1217 wahrt bleibt. Das Tragen von Kopftuch oder Burka verbietet sich für Vertreter der
 1218 Staatsgewalt.
- 1219 **Strafrecht braucht Konsequenz.** Wir setzen auf effektive und rasche Strafverfolgung.
 1220 Verbrechen darf sich nicht lohnen. Der Rechtsstaat muss klare Kante zeigen und sei-
 1221 nen Strafanspruch durchsetzen. Strafen müssen spürbar sein, aber auch Maß und
 1222 Mitte kennen. Im Vordergrund stehen der Schutz der Opfer und die Verhinderung
 1223 neuer Straftaten. Resozialisierung darf nicht zu falsch verstandener Milde führen. Op-
 1224 ferschutz geht vor Täterschutz.
- 1225 **Rechtsstaatlichkeit heißt auch Rechtssicherheit.** Nur rechtsstaatliche Verfahren ge-
 1226 währleisten belastbare Entscheidungen, die anerkannt werden. Rechtssicherheit ist
 1227 ein hohes Gut. Man muss sich auf die Geltung von Recht und Gesetz verlassen können.
 1228 Gesetzgebung und -anwendung sollen vorhersehbar sein und Konstanz zeigen. Es darf

1229 keine beliebige Anwendung von Recht und keine willkürliche Aussetzung von Vor-
1230 schriften geben. Zur Rechtssicherheit gehört Rechtseffizienz: Ehe neues Recht erlassen
1231 wird, muss bestehendes angewandt werden

1232 **Recht kontrolliert Politik, ersetzt sie aber nicht.** Staatliches Handeln unterliegt der
1233 Kontrolle der Gerichte. Politische Leitentscheidungen gehören aber ausschließlich in
1234 die Parlamente. Das ist Kern des Rechtsstaats und der Gewaltenteilung.

1235 • **Vertrauen durch Handlungsfähigkeit: Klare Kompetenzen!**

1236 *Neues Vertrauen gewinnt der Staat durch klar zugewiesene Kompetenzen der verschiede-*
1237 *nen Ebenen. Ein handlungsfähiger Staat ist in der Lage, die an ihn legitimer Weise ge-*
1238 *richteten Ansprüche zu erfüllen. Gleichzeitig gilt: Der Staat kann nicht der allumfassende*
1239 *Vorsorgestaat sein, der jede Entscheidung und jedes Risiko abnimmt.*

1240 **Kommunen sind Heimat.** Sie sind dem Bürger am nächsten: Hier engagieren sich Men-
1241 schen ehrenamtlich. Hier gestalten Menschen ihr unmittelbares Lebensumfeld. Hier
1242 beginnt Politik. Wir wollen starke und eigenverantwortliche Kommunen, die finanziell
1243 so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Kommunalfreundlichkeit
1244 und die Achtung der kommunalen Selbstverwaltung sind Überschrift unserer Politik.
1245 Wir setzen uns für die Lebensqualität und Zukunftschancen der Menschen ein. Die Or-
1246 ganisation der öffentlichen Daseinsvorsorge ist Sache der Kommunen. Zur Daseinsvor-
1247 sorge gehört auch das schnelle Internet.

1248 **Handlungsfähigkeit beginnt mit Eigenstaatlichkeit.** Starke, leistungsfähige Länder
1249 sind entscheidend für bürgernahes staatliches Handeln. Wir verteidigen und stärken
1250 die föderale Selbstständigkeit der Länder gegenüber dem Bund und Europa. Bei der
1251 Aufgabenverteilung muss dem Gedanken der Subsidiarität Rechnung getragen wer-
1252 den. Europa und der Bund müssen mehr Regionalität zulassen und mehr Abwei-
1253 chungsspielräume eröffnen.

1254 **Handlungsfähigkeit wächst mit föderalem Wettbewerb.** Wir wollen den Wettbewerb
1255 im Föderalismus wieder stärken. Die Länder sollen untereinander und mit dem Bund
1256 um die besten Lösungen konkurrieren. Dadurch schaffen wir echten Mehrwert für die
1257 Bürger. Hier sind vor allem die anderen Länder gefordert: Sie müssen ihre Aufgaben
1258 stärker wahrnehmen und den Wettbewerb der Länder annehmen. Dazu gehören auch
1259 die Möglichkeit der Regionalisierung von Steuern und ein fairer Länderfinanzaus-
1260 gleich. Leistung darf nicht bestraft, Anreize zu Haushaltsdisziplin müssen gesetzt wer-
1261 den.

1262 **Zum starken Staat gehört solides Haushalten.** Ein Staat, der dauerhaft über seine Ver-
1263 hältnisse lebt, gefährdet seine Handlungsfähigkeit. Er vergisst seine Verantwortung
1264 für die kommenden Generationen. Ungezügelter Verschuldung lehnen wir ab. Wir ma-
1265 chen Bayern schuldenfrei. Der Staat muss mit dem auskommen, was er hat. Dazu be-
1266 grenzen wir den Staat bei Einnahmen, Ausgaben und Aufgaben. Wir wollen die Staats-
1267 quote nicht erhöhen. Solide Staatsfinanzen sind dauerhaft nur zu erreichen, wenn der
1268 Staat nicht mit immer neuen Aufgaben überfrachtet wird.

1269 **Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren.** Ein Staat, der immer neue
1270 Aufgaben an sich zieht, droht sich selbst zu lähmen. Der Staat soll mehr Kraft für seine
1271 Kernaufgaben aufwenden und dadurch handlungsfähiger werden. Außerhalb der
1272 Kernaufgaben soll der Staat wirksam steuern und weniger selbst handeln.

1273

- **Vertrauen durch Beteiligung: Bürger und Staat auf Augenhöhe!**

1274
1275
1276
1277

Beteiligung schafft Vertrauen. Wir denken den Staat vom Bürger her. Wir wollen, dass die Menschen ihre Kompetenz und ihren Sachverstand einbringen. Wir wollen mit den Bürgern auf Augenhöhe Politik gestalten. Für uns gilt: Zuhören – Nachdenken – Entscheiden.

1278
1279
1280
1281
1282
1283
1284

Die Koalition mit dem Bürger schafft Akzeptanz. Bürgernahe Politik tritt mit den Bürgern nicht nur zu Beginn und zum Ende der Legislaturperiode in Kontakt, um die Legitimation für die nächsten Jahre zu erlangen. Bürgernahe Politik sucht beständig den Kontakt zu den Bürgern und bindet sie durchgängig im politischen Prozess ein. Wir wollen alle mitnehmen: durch nachvollziehbare Information, rationale Argumentation, offene Kommunikation, ehrlichen Dialog mit Betroffenen und fairen Interessenausgleich. Gute Politik erklärt Entscheidungen anstatt sie als alternativlos darzustellen.

1285
1286
1287
1288
1289
1290
1291
1292

Bürgerbeteiligung stabilisiert das politische System. Wir wollen keine Dagegen-Gesellschaft, sondern eine Dafür-Demokratie. Bürgerbeteiligung schafft zusätzliche Legitimität. Politik muss offen sein, den kollektiven Sachverstand der Bürgerschaft frühestmöglich mit einzubinden. Nicht auf die Entscheidung, sondern auf die fortwährende Beteiligung kommt es an. Bayern ist das Land der Volks- und Bürgerentscheide. Nirgends sonst gibt es so viele direkt-demokratische Entscheidungen wie in Bayern. Direkt-demokratische Instrumente bereichern und ergänzen die parlamentarische Demokratie. Sie haben befriedende Wirkung.

1293
1294
1295
1296
1297
1298
1299
1300
1301
1302
1303

Grundlegende Entscheidungen sind Sache des Parlaments und des Volkes. Mit Stolz können wir auf eine jahrzehntelang gefestigte parlamentarische Tradition zurückblicken. Unser Land zählt zu den stabilsten Demokratien der Welt. In den Parlamenten wird erfolgreich der politische Ausgleich organisiert. Wir wollen die Parlamente gegenüber der Exekutive stärken. Die CSU möchte künftig auch im Bund das Volk bei grundlegenden Fragen für Land und Menschen direkt beteiligen. Insbesondere bei nicht zu revidierenden Weichenstellungen und bei europäischen Fragen von besonderer Tragweite soll die Bevölkerung in Abstimmungen entscheiden. Wir wollen, dass das Grundgesetz durch das deutsche Volk auch auf dem Weg von Volksbegehren und Volksentscheid mit Zweidrittel-Mehrheit geändert werden kann. Der Wesenskern der Verfassung, der Grundrechte und der föderalen Ordnung sind davon ausgenommen.

1304
1305
1306
1307
1308
1309
1310
1311
1312

Der moderne Staat ist Dienstleister für seine Bürger. In einer bürgerfreundlichen und modernen Verwaltung ergänzen sich persönliche Kontakte und die Möglichkeiten des elektronischen Austauschs sinnvoll. Moderne Verwaltung soll Verfahren aus dem Leben der Menschen heraus denken und vereinfachen. Moderne Verwaltung verlagert nicht Bürokratie ins Internet, sondern vereinfacht den Alltag für die Menschen. Wir brauchen nicht immer mehr Regulierung, sondern eine konsequente Entbürokratisierung. Staatliche Verfahren müssen die Lebenslagen der Menschen in den Blick nehmen. Wir setzen auf den mündigen Bürger. Wir wollen einen Staat, der auf Motivation statt auf Bevormundung setzt. Wo immer es geht, wollen wir Anreize statt Verbote.

1313
1314
1315
1316
1317
1318
1319
1320
1321

Wir wertschätzen den Staatsdienst. Wer sich als Beamter oder Angestellter in den Dienst des Staates stellt, dient der Allgemeinheit. Unseren Staatsdienern gebührt Respekt und Anerkennung für ihren Einsatz und ihre Leistungen. Der öffentliche Dienst trägt maßgeblich zum Erhalt der staatlichen Ordnung und Erfüllung staatlicher Aufgaben bei. Er muss attraktiv sein, damit der Staat auch im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen kann. Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum und seinen Grundsätzen. Auch alle ehrenamtlich aktiven Bürger in den Kommunen verrichten Dienst am Gemeinwesen. Dieses Engagement ist tragende Säule der Gemeinschaft und verdient besonderen Dank.

- 1322 • **Vertrauen durch Öffentlichkeit: Demokratische Meinungsvielfalt auch im Internet!**
- 1323 *Demokratie lebt vom Wettstreit von Meinungen und Ideen. Im öffentlichen Diskurs wer-*
 1324 *den Argumente ausgetauscht und findet Meinungsbildung statt. Wir wollen die Mei-*
 1325 *nungsvielfalt sichern, um die Demokratie zu stärken. Der Staat muss eine offene, an-*
 1326 *spruchsvolle und effiziente Rundfunk- und Medienordnung gewährleisten.*
- 1327 **Demokratie braucht Öffentlichkeit.** Die CSU tritt für die offene Gesellschaft ein. Das
 1328 bessere Argument muss zählen. Wir wehren uns dagegen, dass Vielfalt durch unaus-
 1329 gewogene Berichterstattung und verordnete Meinungen gefährdet wird. Wir sind
 1330 überzeugt, dass Pluralismus statt Konformismus das Rezept für demokratischen Dis-
 1331 kurs ist.
- 1332 **Meinungsvielfalt ist mehr als Informationsvielfalt.** Die informierte Gesellschaft ist
 1333 nicht automatisch eine wissende Gesellschaft. Ein Mehr an Information bedeutet nicht
 1334 zwingend ein Plus an Qualität und Meinung. Wir brauchen vielfaltssichernde Vorgaben
 1335 für große Plattformanbieter im Internet. Suchmaschinen und soziale Netzwerke müs-
 1336 sen ihre Algorithmen offenlegen. Es soll transparent sein, wie sie die angezeigten In-
 1337 halte auswählen und gewichten. Globale Medienanbieter im Internet müssen einen
 1338 Zugang für europäische, nationale und regionale Inhalte bereitstellen.
- 1339 **Meinungsvielfalt braucht Medienvielfalt.** Das öffentlich-rechtliche Medienangebot ist
 1340 in der veränderten Medienlandschaft unverändert wichtig. Es muss auch auf neuen
 1341 Ausspielwegen im Internet und für neue Zielgruppen relevant sein und Aufmerksamkeit
 1342 finden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll sich auf seine Kernaufgaben rück-
 1343 besinnen. Dadurch kann er Relevanz zurückgewinnen. Wir wollen eine vorurteilsfreie
 1344 Diskussion über die Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Rundfunklandschaft in
 1345 Deutschland. Wir streben langfristig die Beseitigung von Doppelstrukturen und die Zu-
 1346 sammenlegung von ARD und ZDF unter einem Dach an. Wir treten für gesunden Wett-
 1347 bewerb und auskömmliches Nebeneinander öffentlich-rechtlicher und privater Me-
 1348 dien ein. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen privater Medien müssen so sein,
 1349 dass sie sich im Wettbewerb behaupten können.
- 1350 **Umgang mit Vielfalt benötigt Medienkompetenz.** Medienkompetenz ist Grundvoraus-
 1351 setzung für soziale, berufliche und gesellschaftliche Teilhabe. Sie muss befähigen, mit
 1352 einer wachsenden Menge an Informationen differenziert umzugehen und selbst in an-
 1353 gemessener Form zu kommunizieren. Wir wollen keine digitale Spaltung der Gesell-
 1354 schaft. Alle Generationen sollen befähigt werden, am digitalen Zeitalter teilzuhaben.
 1355 Deshalb muss ein verantwortungsvoller und kompetenter Umgang mit Medien Be-
 1356 standteil des Schulunterrichts sein. Mediennutzung betrifft alle Alters- und Bevölke-
 1357 rungsgruppen. Für Menschen mit Behinderungen setzt Teilhabe auch den Zugang zu
 1358 barrierefreien Angeboten voraus.
- 1359 **Aus der Freiheit von Presse und Medien erwächst Verantwortung.** Der Auftrag des
 1360 Journalisten ist an die Grundwerte der Verfassung gebunden. Die Würde des Men-
 1361 schen und seine Grundrechte sind zu wahren. Religiöse Empfindungen und Symbole
 1362 sind zu respektieren. Aus der Pressefreiheit folgen die Verantwortung für Richtigkeit
 1363 und die Selbstverpflichtung auf Wahrheit.

1364 **4. Friedens- und Sicherheitsordnung: stabil und handlungsfähig!**

1365 *Bis vor wenigen Jahren schien die Welt noch in Ordnung: Mit dem Ende des Kalten Krieges*
 1366 *konnten wir die Deutsche Einheit vollenden und die Spaltung unseres Kontinents über-*
 1367 *winden. Der Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft ließ auf Frieden und Wohlstand*
 1368 *in der Welt hoffen. Heute sehen wir: Die Welt ist in neuer Unordnung. Konflikte entstehen*
 1369 *schnell und breiten sich aus, Staaten zerfallen, Stabilität und Sicherheit schwinden. Auf*
 1370 *Stabilität und neue Handlungsfähigkeit kommt es an.*

1371 **Die Bedrohungsszenarien für Staaten haben sich mit hoher Dynamik gewandelt.** Ter-
 1372 rororganisationen und kriminelle Netzwerke destabilisieren im Nahen Osten und in
 1373 Nordafrika ganze Staaten. Asymmetrische Bedrohungen, Cyber-Attacken und neue
 1374 Konfliktformen wie hybride Kriege fordern etablierte Verteidigungsstrukturen heraus.
 1375 Darauf braucht es neue Antworten.

1376 **Bevölkerungsexplosion und Klimawandel sind eine Gefahr für den Frieden.** Ihre Aus-
 1377 wirkungen führen zur Verknappung von Ressourcen und machen Länder und Regionen
 1378 instabil. Die Folgen sind Migration, Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen.
 1379 Notwendige Hilfe muss vorausschauend ansetzen. Die Bekämpfung von Fluchtursa-
 1380 chen schafft die Grundlage für neue Stabilität und Sicherheit.

1381 **Es gibt eine Globalisierung von Krisen.** Geografische Distanzen stellen heute ange-
 1382 sichts der weltweiten Vernetzung keine Barriere mehr dar. Entfernt scheinende Ent-
 1383 wicklungen haben unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf Europa, Deutsch-
 1384 land und Bayern. Wir spüren ihre Folgen als gewaltige Migrationsbewegungen oder
 1385 gar in Form von Gewalt und Terror. Wegschauen kann keine Option sein. Wo nötig,
 1386 müssen wir uns einmischen.

1387 **Die westliche Wertegemeinschaft wird herausgefordert.** Extremisten und Islamisten,
 1388 Autokratien und Diktaturen definieren sich über den Kampf gegen unsere Werteord-
 1389 nung. Sie missachten allgemeine Grundsätze des Völkerrechts wie die universelle Gel-
 1390 tung der Menschenrechte oder das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wenn Freiheit
 1391 und Demokratie herausgefordert werden, muss die westliche Wertegemeinschaft
 1392 wehrhaft sein.

1393 **Europa droht an den Rand gedrängt zu werden.** Neue politische Akteure aus anderen
 1394 Regionen treten auf die weltpolitische Bühne. In diesem globalen Wettbewerb muss
 1395 sich Europa behaupten. Europa muss seine Handlungsfähigkeit – auch in der Sicher-
 1396 heits- und Außenpolitik – stärken. Dabei geht es schlicht um die Selbstbehauptung
 1397 Europas.

1398

Partnerschaftliche Sicherheit | Was unser Leitbild ist

1399

Deutschland hat sich Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa und der Welt verschrieben. Seit Jahrzehnten sind wir ein starker und verlässlicher Partner in internationalen Bündnissen. Unser Grundgesetz, die universellen Werte des Völkerrechts und das westliche Verteidigungsbündnis bilden den Rahmen. Auch künftig wird die CSU zu einer verantwortungsvollen internationalen Politik beitragen und Deutschlands Rolle in der Welt aktiv mitgestalten. Sicherheit und Stabilität in Partnerschaft: Das leitet uns auch künftig.

1405

Wir bekennen uns zur deutschen Nation und zu unserer Staatsräson. Das deutsche Volk strebt nach einem Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand. Unsere Verpflichtung ist die Wahrung und Vertretung der Interessen des deutschen Volkes. Im Bewusstsein unserer Geschichte und in Verantwortung für die Weltgemeinschaft bekennen wir uns zur Bündnissolidarität, zur Westbindung, zur europäischen Einigung sowie zu den Zielen der Vereinten Nationen. Das Existenzrecht Israels gehört für uns zur deutschen Staatsräson.

1406

1407

1408

1409

1410

1411

1412

Wir setzen auf eine Außenpolitik, die deutsche Interessen formuliert und durchsetzt.

1413

Deutschland ist eine selbstbewusste Nation, die auf Augenhöhe mit anderen Staaten handelt. Wir müssen unsere nationalen Interessen ebenso selbstverständlich formulieren, wie es andere Staaten tun. Dazu sind wir zum Wohle unserer Bürger verpflichtet. Außenpolitik muss auch wirtschaftliche Interessen sichern und Versorgungssicherheit gewährleisten. Freier Handel, Zugang zu Rohstoffen und eine sichere Energieversorgung sind im deutschen Interesse. Unser Beitrag zu Sicherheit und Stabilität in der Welt entspricht unseren Wertvorstellungen und nutzt uns gleichzeitig als Exportnation. Unsere Außenpolitik will Deutschlands Rolle in der Welt stärken.

1414

1415

1416

1417

1418

1419

1420

1421

Wir stehen zur Bundeswehr, die uns Frieden und Freiheit sichert. Die CSU ist die Partei der Bundeswehr. Wir setzen uns für die ein, die unserem Land dienen. Unsere Soldaten riskieren im Einsatz für unser Land nicht selten Gesundheit oder Leben. Das verdient höchsten öffentlichen Respekt. Wir wollen weiterhin „Staatsbürger in Uniform“ und eine sichtbare Bundeswehr im öffentlichen Leben. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee im Einsatz. Über den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr entscheidet der Deutsche Bundestag. Ausnahmen kann es nur in besonders dringenden und eiligen Fällen geben.

1422

1423

1424

1425

1426

1427

1428

1429

Wir stehen zur europäischen Idee von Frieden, Freiheit und Wohlstand in Vielfalt. Die europäische Einigung ist die bedeutendste politische Idee und der größte Stabilitätsbeitrag des 20. Jahrhunderts. Auf Grundlage der deutsch-französischen Freundschaft entstand die größte Friedens-, Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft, die es jemals in Europa gegeben hat. Völkerverständigung, kultureller Austausch und die gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion sind historische Errungenschaften. Sie sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Die CSU steht uneingeschränkt zur europäischen Idee. Wir wollen, dass Europa zu dieser Ursprungsidee zurückkehrt. Europa soll sich auf die großen Zukunftsfragen konzentrieren. Die Einheit in der Vielfalt ist Europas Stärke, Europas Besonderheit und Europas kreativer Antrieb. Für die CSU gehören bayerische Heimatliebe, deutscher Patriotismus und europäische Identität zusammen. Die Menschen in Europa sollen sich als Europäer fühlen, ohne ihre Nationalität ablegen zu müssen. Wir sind zugleich Bayern, Deutsche und Europäer.

1430

1431

1432

1433

1434

1435

1436

1437

1438

1439

1440

1441

1442

Wir bekennen uns zur transatlantischen Partnerschaft als Stabilitätsbündnis. Uns verbindet eine lange und verlässliche Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Deutschland und die USA teilen gemeinsame Erfahrungen, Werte und Interessen. Wir wollen die transatlantischen Beziehungen weiter intensivieren und aus Bayern heraus neu beleben. Wir wissen, dass die transatlantische Partnerschaft allein

1443

1444

1445

1446

1447 nicht ausreicht für eine neue Stabilitätsordnung. Aber wir wissen auch, dass sie ohne
1448 diese Partnerschaft nicht zu erreichen ist.

1449 **Wir stehen fest in der Wertebasis der westlichen Welt.** Freiheit, Demokratie und
1450 Rechtsstaatlichkeit bilden die Grundlage jeder offenen Gesellschaft. Deutsche Außen-
1451 politik darf nicht schweigen, wenn diese Werte in Gefahr sind. Im Gegenteil: Die Ein-
1452 haltung der universellen Menschenrechte, die Durchsetzung des demokratischen
1453 Mehrheitswillens, der Schutz von Minderheiten, das Gebot von Rechtsstaatlichkeit
1454 und gute Regierungsführung sind globale Stabilitätsgrundlagen. Sie gilt es zu fördern.
1455 Die CSU steht uneingeschränkt auf der Seite der Freiheit und des Westens. Wir werden
1456 nicht zurückweichen, wenn Angriffe auf unsere freie Welt erfolgen. Wir stehen gemein-
1457 sam und solidarisch zusammen. Deutsche Sonderwege lehnen wir genauso ab wie
1458 neues Blockdenken.

1459 **Wir stehen an der Seite des Völkerrechts.** Die Achtung und Durchsetzung des Völker-
1460 rechts trägt zu Stabilität und Sicherheit bei. Statt der Herrschaft des Stärkeren setzen
1461 wir uns auch international für die Herrschaft des Rechts ein. Die Bedeutung regionaler
1462 Machzentren außerhalb Europas wächst. Umso mehr müssen wir Interesse an der
1463 Durchsetzung allgemein verbindlicher Regeln haben. Die Maßstäbe des internationa-
1464 len Völkerrechts sind für uns nicht verhandelbar. Gemeinsam mit unseren Partnern
1465 arbeiten wir an einer regelbasierten Weltordnung.

1466 **Wir setzen auf gute Nachbarschaft.** Unsere Außenpolitik nimmt alle Partner ernst, un-
1467 abhängig von ihrer Größe. Auf gute Beziehungen zu unseren unmittelbaren europäi-
1468 schen Nachbarn legen wir besonderen Wert. Bayern wird sein internationales und eu-
1469 ropäisches Engagement auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene weiter
1470 verstärken. Wir brauchen starke, international eng kooperierende Regionen. Die wirt-
1471 schaftliche Verknüpfung mit unseren bestehenden Partnerregionen und anderen Zu-
1472 kunftsregionen wollen wir ausbauen. Bayern baut Brücken in den Osten. Traditionell
1473 sind wir den mittel- und osteuropäischen Staaten wirtschaftlich und kulturell sehr ver-
1474 bunden. Die Versöhnung mit Tschechien, die am Ende eines langen Prozesses steht,
1475 ist beispielhaft. Die bayerische Mittel- und Osteuropa-Strategie wird ein zentraler Bau-
1476 stein unserer internationalen und europäischen Arbeit sein. Wir unterstützen die deut-
1477 schen Minderheiten in den östlichen Nachbarstaaten, ihre kulturelle Identität und ihre
1478 Muttersprache zu erhalten.

1479 **Neue Handlungsfähigkeit | Worauf es in Zukunft ankommt**

1480 *Die großen Herausforderungen unserer Zeit bedürfen neuer Handlungsfähigkeit. Eine iso-*
 1481 *lierte Außen- und Sicherheitspolitik kann es in der vernetzten Welt nicht geben. Aber*
 1482 *Deutschland muss einen eigenen Beitrag liefern. Deutschland trägt bei der Gestaltung*
 1483 *der künftigen Friedens- und Sicherheitsordnung besondere Verantwortung. Wir wollen,*
 1484 *dass Deutschland diese neue Verantwortung annimmt und wahrnimmt. So können wir*
 1485 *unseren Werten wie Freiheit, Demokratie und Sicherheit weltweite Geltung verschaffen.*

1486 • **Handlungsfähigkeit durch Bereitschaft: Neue deutsche Verantwortung!**

1487 *Handlungsfähigkeit beginnt mit der eigenen Bereitschaft zur Übernahme von Verantwor-*
 1488 *tung. Dafür brauchen wir alle Instrumente unserer Außen-, Verteidigungs- und Entwick-*
 1489 *lungspolitik. Wir wollen, dass sich Deutschland engagiert: entsprechend seinem Gewicht,*
 1490 *mit neuem Anspruch und gemäß den gewachsenen Erwartungen. Das schließt die Über-*
 1491 *nahme von Führung in Allianzen und Partnerschaften mit ein.*

1492 **Deutschland muss neue Verantwortung übernehmen.** Die Zusammenarbeit in der Eu-
 1493 ropäischen Union, die transatlantische Partnerschaft und das Streben nach internati-
 1494 onaler Kooperation bilden den Dreiklang deutscher Außenpolitik. Es ist Deutschlands
 1495 Verantwortung, international Handlungsfähigkeit herzustellen und zu Stabilität beizu-
 1496 tragen. Dazu muss Deutschland sein außenpolitisches Gewicht, seine wirtschaftliche
 1497 Kraft und seine militärischen Möglichkeiten einsetzen.

1498 **Neue Verantwortung heißt neue politische Konzeption.** Die Wahrnehmung deutscher
 1499 Interessen erfordert eine alle Ressorts vernetzende, verbindliche Gesamtkonzeption
 1500 der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Ein Nationaler Sicherheitsrat kann
 1501 die ressortübergreifende Zusammenarbeit und Analysefähigkeit weiter verstärken.

1502 **Neue Aufgaben erfordern neue Fähigkeiten für die Bundeswehr.** Deutschland ist ein
 1503 verlässlicher Bündnispartner und trägt zur Sicherheit seiner Verbündeten bei. Die Bun-
 1504 deswehr muss agil, flexibel, kurzfristig und wirksam auf Herausforderungen reagieren
 1505 können. Die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes sicherzustellen, ist die zentrale
 1506 Aufgabe der Bundeswehr. Daneben braucht sie ein umfassendes Fähigkeitsspektrum,
 1507 um Stabilisierungseinsätze durchführen, Terror bekämpfen und Gefahren im Cyber-
 1508 Raum abwehren zu können.

1509 **Eine Armee im Einsatz benötigt eine langfristig stabile Finanzierung.** Die sicherheits-
 1510 politische Lage und die Einsatzanforderungen an die Bundeswehr können sich inner-
 1511 halb kürzester Zeit verändern. Fortwährende Handlungsfähigkeit erfordert eine hoch-
 1512 qualifizierte Ausbildung und eine strukturgerechte Ausrüstung auf modernstem Stand.
 1513 Das trägt auch wesentlich zur Attraktivität des Dienstes bei.

1514 **Die Wehrpflicht soll weiter im Grundgesetz verankert bleiben.** Sie ist unabdingbar,
 1515 um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands im Ernstfall sicherzustellen. Sollte sich
 1516 die Sicherheitslage erkennbar verschlechtern oder die Bundeswehr ihre Aufgaben an-
 1517 ders nicht mehr erfüllen können, muss die Wehrpflicht zur Landes- und Bündnisvertei-
 1518 digung wieder aktiviert werden können.

1519 **Die Arbeit der Nachrichtendienste ist unverzichtbar.** Entscheidungen in der Sicher-
 1520 heits- und Außenpolitik sowie zur Terrorabwehr erfordern ein umfassendes Lagebild.
 1521 Die Nachrichtendienste leisten dazu im Verbund mit internationalen Partnern einen
 1522 unverzichtbaren Beitrag. Viele Mitarbeiter gehen im Dienst für unser Land hohe per-
 1523 sönliche Risiken ein. Sie verdienen dafür unseren Respekt und unsere Anerkennung.

1524 **Wir stehen zu einer leistungsfähigen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.** Große
 1525 Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben sind nur durch enge europäische Koopera-
 1526 tionen realisierbar. Sie stellen die gemeinsame Einsatzfähigkeit und die notwendige

1527 Modernisierung der Streitkräfte sicher. Eine starke deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie leistet dazu einen verlässlichen Beitrag. Die eigenständige Systemfähigkeit der deutschen Wehrtechnik muss erhalten und weiterentwickelt werden. Bei ausgewählten Schlüsseltechnologien legen wir Wert auf nationale Souveränität und Unabhängigkeit. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Rüstungsexporten unterstützt die Außenpolitik bei der Stabilisierung strategischer Partner und vertieft die Beziehungen zu unseren Verbündeten.

1534 • **Handlungsfähigkeit durch Gemeinschaft: Selbstbehauptung Europas!**

1535 *Europa dient unseren elementaren nationalen Interessen. Wirtschaftliche Stärke, sichere Arbeitsplätze, die Bewältigung neuer Bedrohungslagen und der Einfluss in der Staatengemeinschaft können nur mit Europa verwirklicht werden. Wir brauchen nicht mehr, aber ein besseres Europa: zur Sicherung von Frieden und Freiheit, unseres Wohlstandes und unserer Zukunftschancen.*

1540 **Europa ist und bleibt eine Wertegemeinschaft.** Im Bewusstsein seines geistig-religiösen und kulturellen Erbes gründet sich Europa auf der Achtung der Menschenwürde, von Frieden und Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte. Eine Ausdehnung der Europäischen Union über die Grenzen des Kontinents und den christlich-abendländischen Kulturkreis hinaus würde Europa als Wertegemeinschaft überfordern. Es sollen nur Staaten aufgenommen werden, die die Rechtsstaatlichkeit und alle übrigen festgelegten Beitrittskriterien erfüllen sowie geographisch vollständig in Europa liegen. Für alle anderen Staaten soll es besondere Formen der Partnerschaft geben. Einen politischen Rabatt oder falsche Hoffnungen auf eine Vollmitgliedschaft darf es nicht geben: Die Türkei kann nicht Vollmitglied der Europäischen Union werden.

1551 **Europa braucht Belebung als Interessengemeinschaft.** Wir wollen, dass die europäische Idee neuen Zuspruch aus innerer Überzeugung findet. Das geht nur, wenn sich Europa stärker an den Interessen der Menschen ausrichtet. Europa muss den Interessen der Bürger, Regionen und Mitgliedstaaten genügen, nicht umgekehrt. Wir brauchen ein besseres Europa, damit wir unsere Interessen global effektiv durchsetzen können. Regionale, nationale und europäische Interessen dürfen keine Gegensätze sein.

1557 **Europa muss eine Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft sein.** Sich im Ernstfall selbst verteidigen zu können, trägt zur Stabilität von Nachbarn und Partnern bei. Europa braucht eine wirksame gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Daneben bedarf es einer starken Mitwirkung in der OSZE und in anderen internationalen Organisationen. Das Zusammenwirken der Streitkräfte in einem starken europäischen Verteidigungsverbund wollen wir ausbauen. Wir unterstützen das Konzept, militärische Fähigkeiten in Europa gemeinsam zu planen, zu beschaffen und bereitzustellen. Der Gedanke einer „europäischen Armee“ hat zum Ziel, gemeinsam verteidigungsfähig zu sein.

1566 **Europa muss sich als Wirtschaftsgemeinschaft behaupten.** Die globalen Megatrends erfordern europäische Antworten. Innovations- und Wirtschaftsstärke ist heute ebenso entscheidend wie politische und militärische Handlungsfähigkeit. Europa muss zu einer Innovationsunion werden und mehr in die Zukunft investieren. Es braucht technologische Leitprojekte, die Europas Rolle in der Welt stärken. Europa muss globale Leitregion sein für wirtschaftlichen Fortschritt und nachhaltige Entwicklung.

1572 **Europa benötigt Kraft und Akzeptanz für seine Kernaufgaben.** Wir brauchen ein stärkeres Europa im Großen und ein freiheitlicheres Europa im Kleinen. Die CSU will ein Europa, das sich auf die großen Fragen unserer Zeit konzentriert. Europa soll dort stärker zusammenstehen, wo es unerlässlich ist. Dazu gehört insbesondere der Schutz vor

1576 Terror und äußeren Bedrohungen. Ein Europa der Vielfalt und Flexibilität bietet Raum
1577 für neue Handlungsfähigkeit, ohne einzelnen Ländern Entscheidungen aufzuzwingen.
1578 Bei der Ausgestaltung der Lebensverhältnisse braucht es mehr regionale und natio-
1579 nale Spielräume. Wir wollen ein Europa der Bürger, nicht der Bürokraten. Wir treten
1580 für die nachdrückliche Stärkung der nationalen Parlamente bei europäischen Entschei-
1581 dungen ein. Das verstärkt die Bürgernähe und die Diskussion von europäischen Belan-
1582 gen auf nationaler Ebene.

1583 **Europa braucht einen Neustart.** Es ist an der Zeit, Demokratie, Föderalismus und Sub-
1584 sidiarität in Europa neu zu beleben. Wir brauchen eine Qualitätsoffensive für die Euro-
1585 päische Union. Europa muss effektiver werden: Wir wollen eine Überprüfung der Kom-
1586 petenzverteilung zwischen Europa, den Nationalstaaten und den Regionen. Das stärkt
1587 die Handlungsfähigkeit aller. Kompetenzen sollen in Ausnahmesituationen vorüberge-
1588 hend und einfach zurückgeholt werden können. Das gilt besonders im Bereich der Si-
1589 cherheit und Ordnung. Europa muss demokratischer werden: Wir wollen in Europa
1590 mehr parlamentarische Gestaltung und weniger bürokratische Verwaltung. Wir unter-
1591 stützen das Initiativrecht für das Europäische Parlament: Nicht die Verwaltung, son-
1592 dern die Politik muss Entscheidungen treffen und die Verantwortung tragen. Europa
1593 muss verlässlicher werden: Wir bestehen auf der strikten Einhaltung der Verträge, ins-
1594 besondere des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Europa hat nur als Stabilitätsunion
1595 Zukunft, nicht als Schuldenunion.

1596 **Europa ist ein Ort des Miteinanders, nicht der Hegemonie.** Europa ist stark, wenn es
1597 auf die kleinen Länder genauso achtet wie auf die großen. Auch Deutschland muss
1598 allen Staaten Europas auf Augenhöhe begegnen. Bayern liegt im Herzen Europas. Es
1599 trägt in besonderer Weise zum europäischen Miteinander bei. Unsere geographische
1600 Lage und unsere Geschichte sind für uns Chance und Verpflichtung zugleich. Wir sind
1601 der Motor der fortschreitenden Integration Mittel- und Osteuropas. Gleichberechtigt
1602 wollen wir mit unseren Partnern zusammenarbeiten und die Aussöhnung Deutsch-
1603 lands mit seinen östlichen Nachbarn vollenden.

1604 • **Handlungsfähigkeit durch Partnerschaften: Verlässliche Sicherheit!**

1605 *Echte Handlungsfähigkeit gibt es nur in verlässlichen Partnerschaften. Wir bauen auf*
1606 *starke Partner. Neuen Bedrohungen begegnen wir gemeinsam: mit Einsatz für Stabilität,*
1607 *universellen Werten und globaler Verantwortung.*

1608 **Die Vereinten Nationen müssen gestärkt werden.** Sie sind die universelle Einrichtung
1609 zur Friedenssicherung und zum Schutz der Menschenrechte. Die Welt braucht eine
1610 handlungsfähigere UNO. Sie muss die Aufgaben von Konfliktprävention und Stabilität
1611 besser und effektiver erfüllen.

1612 **Die NATO ist und bleibt unverzichtbar.** Unsere Verankerung im westlichen Bündnis
1613 hat uns über Jahrzehnte Sicherheit und Freiheit garantiert. Die NATO ist auch künftig
1614 die international wichtigste Organisation für Verteidigung und Sicherheit. Sie bleibt
1615 notwendiger Bestandteil der europäischen und transatlantischen Sicherheitsarchitek-
1616 tur. Für Deutschland kann es keine globale Sicherheitspartnerschaft ohne NATO geben.
1617 Die NATO muss sich noch mehr in die globale Sicherheitsarchitektur einbringen. Es gilt,
1618 die Zusammenarbeit mit anderen Staaten und der Europäischen Union weiterzuentwi-
1619 ckeln. Die NATO darf sich nicht als Zweckgemeinschaft verstehen. Vielmehr muss sie
1620 ihr Gründungsverständnis als wehrhafte militärische Wertegemeinschaft schärfen. Die
1621 NATO ist der starke und entschlossene Schutzschild der freiheitlich-demokratischen
1622 Welt.

1623 **Neue Bedrohungslagen brauchen neue Strategien.** Die Verteidigungs- und Handlungs-
1624 fähigkeit der NATO hat nur Bestand, wenn sie auf neue Bedrohungslagen angemessen

1625 reagieren kann. Die NATO-Mitgliedsstaaten müssen sich in Rüstung, Forschung und
1626 Technologie den aktuellen Herausforderungen anpassen. Lasten sollen untereinander
1627 gerechter aufgeteilt und Mittel durch stärkere Kooperationen effizienter eingesetzt
1628 werden.

1629 **Vielfältige Herausforderungen benötigen vielfältige Beziehungen.** Heutigen Heraus-
1630 forderungen kann nicht allein, sondern nur in Partnerschaft mit vielen begegnet wer-
1631 den. Wichtige Probleme lassen sich nachhaltig nur mit und nicht gegen global bedeu-
1632 tende Länder wie Russland, China oder Indien lösen. Wir treten für eine dauerhafte
1633 Partnerschaft und eine stärkere Einbindung dieser Länder in internationale Strukturen
1634 ein. Dort, wo dies nicht möglich ist, sollte zumindest der Gesprächsfaden nicht abrei-
1635 ßen. Unsere Grundwerte werden wir dabei nicht relativieren, sondern mit Festigkeit
1636 vertreten. Im Verhältnis zu Russland kommt Deutschland eine besondere Rolle als Brü-
1637 ckenbauer zu.

1638 • **Handlungsfähigkeit durch Stabilisierung: Prävention statt Krisen!**

1639 *Der beste Schutz vor Krisen ist Prävention. Wir schaffen Handlungsfähigkeit durch eine*
1640 *vorbeugende Sicherheitspolitik: Stabilität in der Welt gelingt durch Bündelung aller*
1641 *Kräfte und effiziente Zusammenarbeit. Die Krisenbekämpfung muss viel früher ansetzen*
1642 *als bisher.*

1643 **Destabilisierung durch Terrorismus muss verhindert werden.** Terrorismus kann ganze
1644 Regionen destabilisieren und dauerhaft verwüsten. Die Bekämpfung des internationa-
1645 len Terrorismus ist eine zentrale Aufgabe unserer Zeit. Der radikale Islamismus ist der
1646 dominanteste Nährboden für Terrorismus. Terroristische Angriffe richten sich gegen
1647 unsere Freiheitswerte, gegen unsere Kultur und gegen unsere Lebensart. Wir sind ent-
1648 schlossen, den Kampf gegen jede Form von Terrorismus aufzunehmen. Wir werden
1649 alle rechtsstaatlichen Mittel einsetzen, um unsere Bevölkerung und unsere Werte zu
1650 verteidigen. Dafür streben wir internationale Koalitionen an.

1651 **Stabilisierung beginnt mit dem Erhalt von Staatlichkeit.** Wir müssen viel früher und
1652 intensiver mit der Krisenprävention beginnen. Der Zerfall rechtsstaatlicher Ordnung
1653 und demokratischer Strukturen muss frühzeitig erkannt und verhindert werden. Un-
1654 terschiedlichen Krisen und Konflikten kann nur mit einem breiten Instrumentarium
1655 ziviler, politischer, diplomatischer, wirtschaftlicher, polizeilicher und militärischer Mit-
1656 tel begegnet werden. Wenn diplomatische Lösungen nicht zum Erfolg führen, ist die
1657 militärische Beteiligung an internationalen Friedensmissionen erforderlich. Wo nötig,
1658 müssen militärische Mittel bei zivilen Maßnahmen zum Aufbau und zur Stabilisierung
1659 von Regionen Sicherheit gewährleisten. Der vorbeugende Einsatz militärischer Gewalt
1660 darf nur letztes Mittel sein, wenn alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind. Zur Sta-
1661 bilisierung von Regionen identifizieren wir Partnerländer, die als Stabilitätsanker die-
1662 nen können. Die CSU unterstützt nachhaltige Abrüstungs- und Rüstungskontrollmaß-
1663 nahmen. Wir befürworten eine Stärkung der Arbeit internationaler Organisationen in
1664 diesem Bereich.

1665 **Dauerhafte Stabilität setzt bei der Bekämpfung der Fluchtursachen an.** Das erste Mit-
1666 tel gegen neue Flüchtlingswellen ist die Möglichkeit, in der Heimat ein auskömmliches
1667 und friedliches Leben führen zu können. Die Entwicklungszusammenarbeit ist zentral
1668 für die Stabilisierung der weltweiten Ordnung. Es gilt, Not zu lindern und rechtsstaat-
1669 liche Strukturen zu stützen. Eigenanstrengungen sind zu fördern und zu fordern. Wir
1670 wollen Unternehmen dafür gewinnen, sich für Projekte der Entwicklungszusammen-
1671 arbeit zu engagieren. Unsere Erfolgsfaktoren sind Wissen, moderne Technologie und
1672 die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Mit ihrem Export können wir eine global
1673 nachhaltige Entwicklung fördern, Armut bekämpfen und Stabilität schaffen.

1674 **Steuerung der Migration hilft den Heimatländern.** Es ist nicht fair, seinen Bedarf an
1675 Fachkräften zu Lasten ärmerer Länder zu decken. Viele der Menschen, die zu uns wol-
1676 len, werden in ihrer Heimat dringend gebraucht: Fachkräfte, junge Menschen, Men-
1677 schen mit Bildung und Berufserfahrung. Ihr dauerhafter Wegzug schwächt die Heimat-
1678 länder und verfestigt Perspektivlosigkeit und Instabilität. Deshalb fördern wir Chancen
1679 und Perspektiven in den Heimatländern.

1680 **Die zunehmende Christenverfolgung ist ein Alarmsignal.** Christen sind die weltweit
1681 am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft. In vielen Ländern ist Christenfeindlich-
1682 keit an der Tagesordnung. Durch das weltweite Erstarken des Islamismus nimmt die
1683 Christenfeindlichkeit weiter zu. Ein christenfeindlicher Islam kann sich nicht auf die
1684 Religionsfreiheit berufen. Die CSU wendet sich gegen eine Unkultur des Wegschauens.
1685 Das friedliche Zusammenleben der Religionen ist ein wichtiges Ziel deutscher Außen-
1686 politik. Deutschland muss sich weltweit für ein Ende der Christenverfolgung einsetzen.
1687 Es kann kein Morden oder Töten im Namen einer Religion geben.

1688 • **Handlungsfähigkeit durch Begrenzung: Gemeinsame Antwort auf Migration!**

1689 *Globale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit verlangen nach einer gemeinsa-*
1690 *men Lösung. Immer mehr Menschen verlassen ihre Heimatländer, um anderswo eine bes-*
1691 *essere Zukunft zu suchen. Dauerhafte Völkerwanderungen sind eine Gefahr für jede staat-*
1692 *liche Ordnung. Wir setzen auf Steuerung und Begrenzung. Nur wer in der Lage ist, Mig-*
1693 *ration zu kontrollieren, ist in Zukunft handlungsfähig.*

1694 **Völkerrecht muss Grenzen setzen.** Das moderne Völkerrecht hat noch keine Antwort
1695 auf das Zeitalter der Migration. Kriegsflüchtlinge, Hungerflüchtlinge und Wirtschafts-
1696 flüchtlinge vermischen sich zu großen Migrationsbewegungen. Flüchtlingsströme er-
1697 reichen heute alle Teile der Welt und können in kurzer Zeit Staaten überfordern. Darauf
1698 sind die bisherigen Regelungen im Völkerrecht nicht ausgerichtet. Wir brauchen eine
1699 Weiterentwicklung der Grundsätze des Völkerrechts. Das Ziel muss sein, Fluchtgründe
1700 zu bekämpfen und unabwendbare Fluchtbewegungen im lokalen Umfeld zu belassen.
1701 Das Völkerrecht muss Staatlichkeit schützen. Staaten müssen die Hoheit darüber be-
1702 halten, wen sie aufnehmen und wie sie nach Fluchtursachen differenzieren.

1703 **Internationale Organisationen müssen Regeln durchsetzen.** Frieden, Sicherheit und
1704 Stabilität basieren auf der Achtung von Menschen- und Minderheitenrechten. Die inter-
1705 nationalen Organisationen müssen Sorge für deren Einhaltung tragen. Dafür muss das
1706 Völkerrecht an Schärfe gewinnen. Auch die Entwicklungszusammenarbeit soll sich kon-
1707 sequent daran orientieren, inwieweit sich die betreffenden Regierungen an Vereinba-
1708 rungen halten. Die Entwicklungszusammenarbeit muss sich auf die Schaffung geeigne-
1709 ter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Rahmenbedingungen konzentrieren.

1710 **Globale Migration braucht globale Steuerung durch die Staatengemeinschaft.** Viele
1711 wollen nach Europa und nach Deutschland. Wir stehen zu unserer humanitären Ver-
1712 antwortung. Wir können aber nicht alle aufnehmen, die zu uns wollen. Sonst könnte
1713 unsere Hilfe nicht gelingen. Nur durch gemeinschaftliche Kontingente der Staatenge-
1714 meinschaft können Flüchtlinge fair verteilt werden. Auch innerhalb Europas sollen sich
1715 alle Staaten ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend einbringen.

1716 **Grenzschutz und Grenzkontrolle sind unerlässlich.** Wir müssen wissen, wer sich bei
1717 uns aufhält. Der Staat kann diesen Schutzauftrag weder ablehnen noch ablegen. Wenn
1718 er ihn delegiert, muss diese Institution den Grenzschutz gewährleisten. Europa muss
1719 seine Außengrenzen wirksam sichern, idealerweise gemeinsam mit den außereuropä-
1720 ischen Anrainerstaaten. Wir befürworten dazu den Aufbau eines wirksamen europäi-
1721 schen Grenzschutzes. Wenn Europa diese Aufgabe nicht erfüllt, muss Deutschland sie
1722 vorübergehend selbst übernehmen.